

AUSDRUCK

Das IMI-Magazin

Ausgabe Februar 2004

ISSN 1612-7366

Inhaltsverzeichnis

Schwerpunkt Globalisierung und Krieg
Dokumentation des IMI-Kongresses vom November 2003

Ulrich Brand

Globalisierung als Projekt und Prozess: Neoliberalismus,
Globalisierungskritik und Alternativen 3

Winfried Wolf

Die militärische Absicherung der Globalisierung 8

Christoph Marischka

Kongo: Die unendliche Geschichte der Ausbeutung 13

EU-Militarisierung

Tobias Pflüger

Das militarisierte KernEUropa kommt 17

Christoph Marischka

Nach dem gescheiterten EU-Gipfel 20

International

Claudia Haydt

NATO Response Force - Die Koalition der Willigen 21

Claudia Haydt

Syrien im Fadenkreuz 22

Jürgen Wagner

Ein Kronzeuge packt aus 23

Jürgen Wagner

Das „Handbuch zum Sieg“ 27

Bundeswehr

Lühr Henken

Der Struck-Plan 28

Editorial:

„Eine Welt ist möglich“ lautete das Motto des Weltsozialforums im indischen Bombay. Mehr als 100.000 Menschen aus über 150 Ländern diskutierten über Strategien gegen globale Armut, Unterdrückung, Fundamentalismus und Krieg. Auch IMI beteiligte sich an dieser Debatte mit einem Vertreter. Dabei sehen wir unsere Aufgabe im globalisierungskritischen Spektrum darin, über die Zusammenhänge zwischen neoliberaler Globalisierung und Krieg aufzuklären. Nachdem sich bereits im letzten AUSDRUCK hierzu Beiträge fanden, haben wir diesem Thema in dieser Ausgabe mit drei Beiträgen, die auf Vorträgen des IMI-Kongresses „Globalisierung und Krieg“ beruhen, einen Schwerpunkt gewidmet.

Ein wichtiges Ereignis war auch das Scheitern des Brüsseler Gipfels vom 13. Dezember, auf dem sich die Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union nicht auf eine Annahme der EU-Verfassung einigen konnten. Es ist wichtig im Auge zu behalten, dass der Grund für das Schei-

tern in der machtpolitischen Auseinandersetzung um die künftige Gewichtung der Stimmen jedes Landes zu suchen ist, bei der vor allem Deutschland über seine Ellenbogendiplomatie eine erhebliche Verbesserung auf Kosten der kleineren Länder anstrebt. Gleichzeitig scheinen aber die inhaltlich problematischen Aspekte der Verfassung, insbesondere im Bereich der EU-Militarisierung, von allen Mitgliedsstaaten geteilt werden. Als Reaktion auf das Brüsseler Desaster feierte das Kerneuropa-Konzept fröhliche Urständ. Denn, wie Joschka Fischer betonte: „Das Kerneuropa, von dem ich rede, ist kein Ziel, nur faktische Konsequenz dessen, was wir zurzeit erleben,“ nämlich dass Deutschland seinen Willen nicht durchsetzen konnte und dies nun auf dem Umweg über das Kerneuropa-Konzept versucht. So ist es besonders geboten diesen Versuch kritisch zu beleuchten, was wir in dieser Ausgabe ebenfalls tun.

Die Art und Weise, wie in Fragen von EU-Verfassung und Kerneuropa derzeit vorge-

gangen wird bestätigt, dass die deutsche Regierung alles daran setzt ihren weltpolitischen Aufstieg mit militärischen Mitteln fortzusetzen. Dies zeigt sich auch an den Plänen zur Umstrukturierung der Bundeswehr, die Struck Mitte Januar veröffentlichte. Hierauf werden wir in der nächsten Ausgabe näher eingehen, eine erste Einschätzung findet sich bereits in diesem Heft.

Um gegen diese Entwicklung ein Zeichen zu setzen, ist es wichtig, so viel Menschen wie möglich für die Proteste gegen die Sicherheitskonferenz am 6. und 7. Februar 2004 in München auf die Straße zu bringen. Wie bereits letzte Ausgabe angekündigt, erschien zur Unterstützung der Mobilisierung vor kurzem eine neue Zeitung gegen den Krieg, in der sich neben vielen anderen Themen auch ein vierseitiges Spezial rund um die Konferenz findet (Die Zeitung kann unter zeitung-gegen-den-krieg@gmx.de bestellt werden).

Die Redaktion

Hinweise zu einzelnen Texten:

△ Tobias Pflüger, KernEUropa kommt, IMI-Analyse 2004/001

△ Christoph Marischka, With or without you, IMI-Standpunkt 2003/110

△ Claudia Haydt, Koalition der Willigen, IMI-Standpunkt 2003/111 - in: IMI-List 180

△ Claudia Haydt, Syrien im Fadenkreuz, in: Zeitung gegen den Krieg Nr. 16/ Winter 2004

△ Lühr Henken, Der Struck-Plan, IMI-Analyse ... der abgedruckte Text wurde stark gekürzt, die Langfassung findet sich auf der Homepage der Informationsstelle (www.imi-online.de)

Bildhinweise:

S. 5, 9, 10, 20, 21, 26, von attac; S. 15, von Vereinte Nationen; S. 18, Bundeskanzleramt; S. 24, indymedia; S. 27, Verlag.

Spenden- Information

Die Informationsstelle Militarisation ist ein eingetragener und als gemeinnützig anerkannter Verein. Die Arbeit der Informationsstelle trägt sich durch Spenden und Mitgliedsbeiträge, bzw. Förderbeiträge. Wenn Sie Interesse an der Arbeit der Informationsstelle oder Fragen zum Verein haben nehmen Sie bitte Kontakt zu uns auf. Nähere Informationen, wie auch Sie IMI stützen können erfahren Sie auf unserer Homepage (www.imi-online.de), per Brief, Mail oder Telefon in unserem Büro in Tübingen. Spenden an IMI sind steuerabzugsfähig.

Unser Spendenkontonummer ist:
1662832 bei der Kreissparkasse Tübingen
(BLZ 641 500 20)

Die Adresse der Informationsstelle:
Informationsstelle Militarisation e.V.
Hechingerstr. 203
72072 Tübingen

Telefon: 07071/49154
Fax: 07071/49159
e-mail: imi@imi-online.de
web: www.imi-online.de

Globalisierung als Projekt und Prozess

Neoliberalismus, Globalisierungskritik und Alternativen

von Ulrich Brand

„Globalisierung“ war das Wort schlechthin der 90er Jahre. Dazu wurde es, weil unter Globalisierung sehr Unterschiedliches verstanden wird. Vor allem herrschende Kräfte benutzten und benutzen es bis heute gerne, um die „Unvermeidlichkeit“ gesellschaftlicher Entwicklungen zu rechtfertigen: Sozialabbau, Arbeitslosigkeit, Wirtschaftskrisen, etc. Insofern ist Globalisierung ein ideologischer Kampfbegriff – und eine politische Aufgabe, diesen als solchen zu entlarven. „Globalisierung“ ist aber mehr. Sie zeigt tiefgreifende gesellschaftliche Umbrüche innerhalb des Kapitalismus an. Für emanzipatives Handeln ist es wichtig, diese Umbrüche zu verstehen, um die eigenen Strategien daran ausrichten zu können.

Meist wird unter Globalisierung die Internationalisierung ökonomischer Verhältnisse (Waren, Dienstleistungen, Finanzströme) verstanden. Reisen werden billiger, Konsumgüter kommen aus aller Welt in unsere Küchen. Auch die Politik internationalisiert sich, muss mit den Krisen der Globalisierung umgehen. Dann wird häufig etwas verniedlichend von den „Chancen und Gefahren“ gesprochen, wobei die Chancen erhöht und die Gefahren verringert werden müssten. Soweit die offizielle Lesart.

Aus kritischer Perspektive geht es zunächst darum, die Herrschaftsförmigkeit der aktuellen Veränderungen zu sehen. Die Finanzmärkte wurden nämlich seit den 70er Jahren nicht dereguliert, um Glück und Wohlstand für die Menschheit zu schaffen, sondern um dem Kapital international mehr Beweglichkeit auf der Suche nach profitträchtigen Anlagemöglichkeiten zu schaffen. Und die Produkte „Made in China“ finden hierzulande Absatz, sind aber zuvorderst Teil einer Strategie, in bestimmten - lohnintensiven - Branchen die Kosten zu senken (gerne auch in chinesischen Arbeitslagern).

Die Politik internationalisiert sich in der Tat. Dies geschieht aber weniger, um die negativen Konsequenzen der Globalisierung abzufedern oder den wachsenden Kuchen gerecht aufzuteilen. Internationale Politik dient vor allem der Absicherung von inter-

nationalen Investitionen der *Global Players*. Bestes Beispiel ist die 1995 gegründete Welthandelsorganisation WTO.

Globalisierung ist also kein Homogenisierungsprozess, sondern bedeutet in vielen Bereichen gesellschaftliche Spaltung. Vor allem im Nord-Süd-Verhältnis. Dass für viele Menschen Migration zu einer brutalen „Lebensform“ wird, interessiert die jetzenden Vordenker der Globalisierung in der Regel wenig. Spaltungen werden auch bewusst erzeugt, indem über rassistische, nationalistische und patriarchale Muster die Konkurrenz zwischen den Menschen verstärkt wird.

Schließlich: Die intensiveren wirtschaftlichen Verflechtungen laufen nicht global, sondern vor allem in den kapitalistischen Zentren (der sog. Triade) ab. Der Süden ist weiterhin Rohstofflieferant und in einigen Teilen Produktionsstandort mit billiger, weil gewerkschaftlich nicht organisierter Arbeitskraft. Hinter Globalisierung stehen Interessen, Strategien und Kämpfe. Globalisierung ist Kapitalismus und dieser, wie eh und je, für die meisten Menschen ein Katastrophenprogramm. Und dies ist heute wieder stärker als in der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg, während der starke Gewerkschaften und Zugeständnisse der Herrschenden wegen der „roten Gefahr“ wenigsten in einigen Teilen der Welt für die Bevölkerungsmehrheit materiell akzeptable Verhältnisse bestanden.

Es handelt sich bei Globalisierung also um einen Prozess gesellschaftlicher Veränderungen, d.h. in der Tat werden Handlungsbedingungen für Unternehmen, Lohnabhängige, staatliche Akteure verändert (wobei es weiterhin Entscheidungsspielräume gibt). In diesen Prozess gingen und gehen jedoch Strategien ein, d.h. die höchst unterschiedlichen Projekte verschiedener gesellschaftlicher Gruppen.

Wenn von Globalisierung gesprochen wird, dann sollte zumindest von *neoliberaler* Globalisierung gesprochen werden. Denn damit wird deutlicher, dass sie nicht einfach über uns gekommen ist oder sich „kapitallogisch“ entwickelt. Daher ein Schritt

zurück. Was hat es also mit dem „Neoliberalismus“ auf sich? Ein bisschen Theoriegeschichte (keine Angst, es ist nicht trocken).

Grundlagen des Neoliberalismus

Bereits in der Nachkriegszeit wurden neoliberale Grundsätze und ein Theorieprogramm formuliert, die später großen Einfluss ausübten. Die führenden neoliberalen Intellektuellen waren Friedrich A. Hayek, Milton Friedman, Wilhelm Röpke und Ludwig von Mises. Im Kern ging es um die „Rückgewinnung von Freiheit“, die Durchsetzung eines „sich selbst regulierenden Marktes“ und freien Wettbewerbs. Insbesondere Hayek argumentierte vor dem Hintergrund des Nationalsozialismus und sieht in diesem, im Sowjetsozialismus und in der sozialistischen Regierung Großbritanniens eine Gemeinsamkeit: den „Kollektivismus“, der die Freiheit zerstöre.

(Privatkapitalistischer) Markt und Freiheit wurden synonym gesetzt. Das zentrale Argument der Neoliberalen lautet, dass individuelle Freiheit der überragende gesellschaftliche Wert sei, womit sie insbesondere die ökonomische Freiheit der Unternehmer meinten. Im Spannungsfeld zwischen der Freiheit des Individuums und der Freiheit zur Kapitalverwertung entschieden sich die Neoliberalen eindeutig für letztere.

Die einzige Wirtschaftsorganisation, die die Freiheit des einzelnen garantiere, sei die „freie Tauschwirtschaft mit Privatunternehmen“ (Friedman), die auch gegen Mehrheiten zu verteidigen sei (Hayek). Dies alles sollte unter dem Primat des Eigentums an Produktionsmitteln und einem - gar nicht schwachen - *law and order*-Staat geschehen, dessen wichtigste Funktion die Sicherung des Wettbewerbs und der Märkte sei. Der erklärte Gegner waren innergesellschaftlich die Gewerkschaften und der Sozialstaat sowie international der Realsozialismus, dessen Planwirtschaft die Verkörperung von Zwang und Unterdrückung war. Sozialismus in all diesen Varianten, also auch jener der westeuropäischen Sozialdemokratie, bedeute Sklaverei (Hayek).

Eine andere Grundlage des Neoliberalismus ist die bis heute dominierende wirtschaftswissenschaftliche Theorie, die Neoklassik. Diese geht in hochabstrakten Modellen davon aus, dass nur der Markt für die effiziente Verwendung von Produktionsfaktoren sorgt und daher Freiheit und Wohlstand für alle bringt. Die zentralen Annahmen dieser völlig ahistorischen Theorie sind, dass die Marktteilnehmer völlig rational handeln, dass alle über alle Informationen verfügen und dass alle Marktteilnehmer völlig individualisiert sind und agieren. Der Markt reguliert sich weitgehend selbst,

staatliche Interventionen sind im abstrakten Modell kaum vorgesehen. So etwas wie gesellschaftliche Macht kommt genauso wenig vor wie Prozesse der Kapitalkonzentration und Monopol- bzw. Oligopolbildung.

Neoliberalismus als Praxis

Das neoliberale Programm entwickelte sich in den 70er und 80er Jahren zur „historisch organischen Ideologie“ (Antonio Gramsci) der herrschenden Klassen. Innerhalb letzterer setzten sich die weltmarktorientierten Fraktionen, das Finanzkapital und die Besitzer von Geldvermögen durch, die vom neoliberalen Umbau der Gesellschaft am stärksten profitierten. Das neoliberale Projekt basierte von Beginn an auf einer dramatischen Verschiebung sozialer Kräfteverhältnisse bzw. trieb diese voran. Aber mehr noch: „Der Neoliberalismus schwingt sich nun zum Anwalt der radikalisierten Kleinbürger auf: gegen Verschwendung und Ineffizienz, gegen die Gleichmacherei und für mehr Freiheit vom Staat, für das Individuum und für den Markt.“ (so Elmar Altvater 1981) Der blutige Anfang der Durchsetzung neoliberaler Politiken wurde aber in einem peripheren Land gemacht: 1973 in Chile mit dem Militärputsch von Augusto Pinochet gegen den Sozialisten Salvador Allende. In den Metropolen übernahmen in den 70er Jahren schon teilweise sozialdemokratische Regierungen das neoliberale Gedankengut und mit den Regierungsübernahmen von Margaret Thatcher in Großbritannien (1979) und Ronald Reagan in den USA (1981) begann die „neoliberale Konterrevolution“. Das Beispiel Chile zeigt auch, dass neoliberale Politiken in autoritären Gesellschaften besonders gut durchgesetzt werden konnten.

Neoliberalismus als Projekt zur Transformation von Gesellschaften formierte sich in einzelnen Ländern unterschiedlich aus. In den metropolitanen Ländern wurde am ehesten in Großbritannien unter Thatcher das neoliberale Programm umgesetzt. Unter Reagan in den USA wurde gegen das „Reich des Bösen“ ein gewaltiges Rüstungsprogramm, der den entsprechenden Firmen gute Geschäfte sicherte und die staatliche Verschuldung vorantrieb, in der BRD begann unter der Kohl-Regierung der Umbau eher langsam und unter korporatistischen Vorzeichen. In Frankreich oder den südeuropäischen Ländern wurden neoliberale Politiken in den 70er Jahren von sozialdemokratischen Regierungen vorangetrieben. Das zentrale neoliberale Argument war die Gegenüberstellung von „Markt“ und „Staat“ und eine notwendige, „ökonomisch vernünftige“ Zurückdrängung des

Staates. Heute gängige Argumente aus der Debatte um Globalisierung spielten dabei kaum eine Rolle; neoliberale Politiken waren zuvorderst eine innerstaatliche Angelegenheit.

Von Beginn an kam das neoliberale Projekt als „konservative Revolution“ (Ronald Reagan) daher. Auch „die Wende“ in Westdeutschland verband neokonservative und neoliberale Politiken. Auf der Suche nach neuen Legitimationsmustern stellte zu

Globalisierung ist Kapitalismus und dieser, wie eh und je, für die meisten Menschen ein Katastrophenprogramm.

Beginn eher die „geistig-moralische Krise“ des sozialstaatlich verwalteten Kapitalismus und weniger der „Sachzwang Weltmarkt“ einen Ausgangspunkt dar. Mitte der 80er Jahre, auf dem Höhepunkt des Ansehens der Politiken unter Ronald Reagan und Margaret Thatcher sprach niemand von Globalisierung. Das konservative Projekt propagierte nicht nur den *law and order*-Staat, sondern stand auch gegen die ineffektive staatliche „Gleichmacherei“ und von Beginn an für staatliche Interventionen beim sozialen Umbau. Die neoliberalen und die neokonservativen Strategien trafen sich darin, dass die Gesellschaft „dereguliert“ werden müsse, insbesondere was bestimmte staatliche Regulierungen angeht. Auch in ihrer elitären Ausrichtung und der Rechtfertigung sozialer Hierarchien korrespondierten Neoliberalismus und Neokonservatismus. Den neoliberalen Individualismus ergänzte die neokonservative Vorstellung von „Ordnung“ und „Normalität“, die patriarchale Familie wurde zur zentralen Instanz der Abfederung sozialer Risiken.

Zentrale Elemente des Neoliberalismus sind: Die Organisationen der Nicht-Herrschenden zu schwächen (insbesondere die Gewerkschaften), eine Umverteilung gesellschaftlichen Reichtums von unten nach oben und die Herstellung eines „kapitalfreundlichen“ Klimas (bis zur physischen Verfolgung von Gewerkschaften). Die Ausrichtung an „internationaler Wettbewerbsfähigkeit“ reduziert staatliche Politik immer stärker auf Standortpolitik. Alle müssen zusammenstehen, wenn es um dessen Rettung geht. Der Staat verschwindet also nicht, sondern verändert sich grundlegend. Seine Funktionen als Ordnungs- und Wettbewerbsstaat werden deutlicher, seine sozialpolitischen Funktionen zurückgedrängt.

In vielen peripheren Ländern kommt noch etwas dazu: Anfang der 80er Jahre wurde die Schuldenkrise zu einem neoliberalen Hebel, nämlich zur Durchsetzung sog. Strukturan-

passungsprogramme, um neue Kredite zu erhalten.

Neoliberale Globalisierung ist aber viel mehr, als nur Veränderungen in der Ökonomie und der Politik. Der Neoliberalismus ist nicht zuletzt deshalb so stabil, weil er auf kulturellem Gebiet relativ erfolgreich war, d.h. er ist tiefgreifend in den Köpfen, Alltagspraxen und Institutionen wie Schule, Universität oder Betrieb verankert. Im Bildungsbereich wird uns gesagt, dass wir in uns investieren müssen, um später im Konkurrenzkampf auf dem Arbeitsmarkt zu bestehen. Bloß keine Zeit verträdeln, für was für spannende, rebellische oder Umwegserfahrungen in der eigenen Biographie auch immer. - Wir alle sind unser eigener Standort.

Der Sozialwissenschaftler Bernd Röttger (Recklinghausen) bringt es auf den Punkt: „Der Neoliberalismus gelangte im Umbruch zu den 90er Jahren in die Position eines alternativlosen Sachzwangs zur Privatisierung und Durchkapitalisierung der Gesellschaften, der sich nun weitgehend unabhängig von parteipolitischen Ideologien und Regierungsmehrheiten durchzusetzen vermochte.“ Ungeheure soziale Kraft bekam er durch den Zusammenbruch des Realsozialismus. Nicht nur der Kapitalismus, sondern seine aktuelle neoliberale Ausrichtung standen alternativlos da.

Widerstand – jenseits von Seattle und Genua

Genau dies ändert sich seit einigen Jahren. Die scheinbare Alternativlosigkeit wird immer stärker in Frage gestellt. „Seattle“, „Genua“ oder die Europäischen und Weltsozialforen sind *internationale* Kristallisationspunkte sozialer Bewegungen nach Jahren politischer Lähmung. Waren während der 80er Jahre die Proteste der metropolitanen Solidaritätsbewegung gegen Weltbank und IWF noch eher einer klassischen - und keineswegs falschen - Imperialismuskritik verbunden, so agieren die Initiativen heute gegen einen wirklich globalen Kapitalismus.

Um aber Missverständnissen vorzubeugen. Diese Bewegung ist nicht „vom Himmel gefallen“, wie es der bürgerlichen Berichtserstattung zufolge scheinen könnte. Hier werden Menschen aus sehr unterschiedlichen Spektren aktiv, die über mehr oder weniger große politische Erfahrungen verfügen. Widerstand gab es immer, mehr oder weniger sichtbar. Seit einigen Jahren wird er nun deutlicher und entwickelt offenbar gemeinsame Bezugspunkte.

Ein Kern vieler Proteste liegt darin, zunächst einmal den Unmut über die dominanten Entwicklungen zu äußern, ins-

besondere gegen die immer stärkere Ökonomisierung verschiedener Lebensbereiche. Dabei wird bei vielen eher positiv gesehen, nicht gleich einen „konstruktiven“ bzw. „politikfähigen“ Vorschlag“ parat zu haben. Führte ein wütendes „es reicht!“ vor einigen Jahren noch zu mildem Lächeln der Expektokraten, so ist das heute anders. Protest, so scheint es, erfährt in einigen Bereichen eine Rehabilitation – insbesondere die Form des Massenprotests.

Es können *drei Gemeinsamkeiten* innerhalb des linken anti-neoliberalen Spektrums ausgemacht werden: Zum einen verstehen sich die Initiativen, zumindest vom Anspruch her, *jenseits der Realpolitik*, die mit dem Argument der Machbarkeit jegliche Kritik und Alternative vom Tisch zu wischen versucht. Die Initiativen haben zweitens dahingehend ein konfliktorisches Politikverständnis, dass sie einen oder mehrere Gegner identifizieren, gegen den *Gegenmacht* aufgebaut werden müsse. So vereinfacht Begriffe wie „gegen Kapitalismus“, „gegen Neoliberalismus“, „gegen die Herrschaft der Finanzmärkte“ o.ä. sind – so sehr schaffen sie etwas, was jede Bewegung benötigt: einen Gegner. Daher ist es zunächst als Vorteil, unter der Formel „gegen Neoliberalismus“ verschiedene Spektren zu vereinen und vor allem handlungsfähig zu machen. Die Formel selbst ist ambivalent, denn zum einen ermöglicht sie erst wieder die Auseinandersetzung über radikale Praxen. Dies ist angesichts der jahrelangen Lähmung linker Positionen nicht zu unterschätzen. Andererseits droht der Begriff des Neoliberalismus zum Alleskleber zu werden, der Differenzen und notwendige Diskussionen zukleistert. Wichtig wird daher in Zukunft sein, ausgehend von solchen Formeln genauer zu evaluieren, wo die Widersprüche und sozialen Spaltungslinien heute verlaufen.

Drittens greifen die verschiedenen Initiativen *Widersprüche* auf, die im Prozess der neoliberalen Globalisierung immer deutli-

cher werden: An der Tatsache, dass das neoliberale Versprechen von Glück („jeder ist seines/ihrer Glückes...“) und Gerechtigkeit immer offenkundiger Katastrophen aller Art produziert, dass ein diffuses Unwohlsein angesichts der immer stärkeren Ökonomisierung des Lebens (Bildung/Wissen, Körper/Nahrung, etc.) zunimmt, dass die Kontrolle über das eigene Leben zunehmend vermeintlichen Markt- und Standortfordernissen ausgeliefert wird. Hier kann die Kritik an der zunehmenden Monokultur sowie die Forderungen nach Vielfalt und Demokratie politisierend wirken.

Man sagt uns, dass es sich bei der Globalisierung um einen unvermeidlichen Prozess handle, der wie die Schwerkraft wirke. Darauf antworten wir: Dann müssen wir eben die Gesetze der Schwerkraft außer Kraft setzen.

Subcomandante Marcos

Die WTO steht dann eher als Symbol für eine auf internationaler Ebene viel unverbäumtere Politik des Kapitals als es ohnehin schon auf nationaler Ebene der Fall ist.

Der relative Optimismus im emanzipativen Spektrum wurde dazu genutzt, die Proteste politisch fruchtbar zu machen. Dies kann sich aber nicht in der nächsten Mobilisierung erschöpfen, sondern muss in Klärungs-, Politisierungs- und Organisationsprozesse in verschiedenen gesellschaftlichen Bereichen eingehen. Wenn eben GewerkschafterInnen sich nicht mehr mit dem „Wir-stehen-am-Standort-zusammen“-Gedöns der Chefs abfinden, dann geht das in die richtige Richtung.

Mit dem bereits zitierten italienischen Marxisten Antonio Gramsci gesprochen: Es geht um die Auseinandersetzungen um

gesellschaftliche Hegemonie in langwierigen Stellungskämpfen: in und außerhalb von Institutionen, um Werthaltungen und gegen den neoliberalen „Alltagsverstand“ sowie um die Delegitimierung herrschender Sichtweisen und Diskurse.

Eines sollte nicht vergessen werden: Die konkreten Bedingungen linker Politik sind ja der weiterhin weitgehend ungebrochene Durchmarsch neoliberaler Politik – Seattle, Genua und Porto Alegre zum Trotz. Auch wenn sich der Neoliberalismus auf der ideologischen Ebene vielleicht erschöpft hat und heute mit „anti-neoliberalen“ Politiken durchgesetzt wird, so sind die neoliberalen Kräfte weiterhin am Zuge und gestalten die Gesellschaften tiefgreifend um. Ihr Erfolg liegt ja gerade darin, dass zentrale Merkmale wie die Herstellung von Wettbewerbsfähigkeit oder Standortpolitik von großen Teilen der Bevölkerung nicht mehr in Frage gestellt werden.

Eine Gefahr der Proteste besteht darin, dass sie in gewisser Weise zum routinierten Begleitprogramm internationaler Konferenzen werden. Die „großen“ internationalen Proteste mit entsprechender medialer Aufmerksamkeit drohen – entgegen ihrer Absicht – andere Kämpfe zu entwerten. Gerade in peripheren Ländern gibt es vielfältige Ansätze, die die herrschenden Verhältnisse viel konkreter und nachhaltiger in Frage stellen, international jedoch kaum wahrgenommen werden.

Ein Dilemma besteht darin, dass „Globalisierungskritik“ momentan zwar „in“ ist und den Anliegen wie selten zuvor gesellschaftliche Aufmerksamkeit geschenkt wird. Eine postkapitalistische Orientierung muss jedoch ernst nehmen, dass die Grundlagen eine anderen Gesellschaft in komplizierten Lern- und Erfahrungsprozessen liegen. Dies kann nicht durch mediale Aufmerksamkeit und die Schaffung anerkannter SprecherInnen kompensiert werden. Denn zweifellos besteht die Gefahr, Teil der „Politik in der



Manege“ (Wolf Dieter Narr/Roland Roth) zu werden.

Emanzipative Politik „geht“ nicht schnell - wenngleich „Sprünge“ vor allem auf der symbolischen Ebene und jener der positiveren Selbsteinschätzung unverzichtbar sind. (deswegen sind „Genua“ und „Seattle“ wichtig). Emanzipation ist aber kompliziert und muss an alltägliche Praxen in Uni, Betrieb, Stadtteil, politischen Organisationen oder persönlichen Beziehungen zurück gebunden werden. Sonst wird nämlich unterschätzt, dass der Neoliberalismus gerade auf der kulturellen Ebene überaus erfolgreich war.

Daher müsste stärker auf die kleinen Veränderungen, die „Gärungsprozesse“ geblickt werden, die es ja überhaupt erst ermöglichen, dass emanzipative Prozesse jenseits des medialen Geklappers nachhaltig sind. Die internationale Protestbewegung wird stärker, weil sie sich aus lokal und nationalstaatlich organisierten Zusammenhängen bildet. Tiefgreifende gesellschaftliche Veränderungen benötigen jedoch gleichsam umfassender „kulturrevolutionärer“ Prozesse.

Alternativen – welche Alternativen?

Die Diskussionen der letzten Jahre zeigen, dass die Frage der Alternativen zum neoliberalen Kapitalismus sich mit der recht erfolgreichen Kritik des Letzteren durch die globalen sozialen Bewegungen überlagern. Alternativen, so die immer wieder zu hörende Einschätzung, würden den globalen sozialen Bewegungen eine höhere Attraktivität und Plausibilität geben gegenüber Menschen, die darin aktiv sind oder werden wollen bzw. die – ohne Anbindung an die Bewegungen – im eigene Umfeld eine andere Welt möglich machen wollen. Neben diesen Wirkungen „nach innen“ bestehe ein zweiter Vorteil: In der breiten Öffentlichkeit und gegenüber staatlichen Akteuren, die immer wieder auf die angeblich „fehlenden Alternativen“ der jüngsten Bewegungen hinweisen, kann an Legitimität und Kraft gewonnen werden. Das ist beides zweifellos richtig. Gleichwohl stellen sich im Anschluss an diese Feststellung einige Fragen: Zum einen natürlich hinsichtlich des Inhaltes von Alternativen sowie der Wege/Schritte ihrer Realisierung; zum Verhältnis von Kritik und Alternativen.

Ich schlage daher vor, noch einmal genauer zu überlegen, was unter „Alternativen“ eigentlich verstanden werden sollte. Dazu erfolgen ein paar grundlegende Bemerkungen – notwendig abstrakt -, was Alternativen denn bedeuten sollten, um der immer brutaleren und traurigeren Weltordnung etwas entgegen zu setzen und grundlegende

emanzipative gesellschaftliche Veränderungen voranzutreiben.

1. *Scheinalternativen zurückweisen:* Die herrschenden Medien und die – weitgehend auf Vereinnahmung und/oder Spaltung der Bewegungen gerichteten – Parteien und staatlichen Apparate versuchen immer wieder zu punkten, indem die berühmte Frage nach den Alternativen kommt. Im Hintergrund schwingt dabei mit, dass unter „Kritik“ ein „destruktives Herummäkeln“ verstanden wird. Dies wäre natürlich zurück zu weisen, was jedoch angesichts der medialen sowie staatlichen und Parteien-Struktur kaum möglich sein dürfte. Daher gilt es, sich der „Logik“ zu entziehen, dass unter Alternativen verstanden wird, auf buchstäblich alles eine Antwort zu haben und den „großen“ alternativen Gesellschaftsentwurf dazu. (Nur nebenbei: Die Antwortlosigkeit der herrschenden Kräfte auf die drängenden Fragen ist ja schon fast zynisch. Warum sollte sich eine Bewegung also in die Ecke drängen lassen?) Daher: Die Vermutung liegt nahe, dass die Frage nach den „Alternativen“ durch die herrschenden medialen und politischen Kräfte weniger der Entstehung alternativer Politiken geschuldet ist, sondern die Bewegungen selbst delegitimieren soll. Bewegungen, kritische NGOs und Intellektuelle sollten sich in produktiver Absicht auf das beschränken, was sie können. Konkrete Alternativen entwickeln in allen möglichen Bereichen: Energie-, Sozial-, Migrations-, Verkehrs-, internationale Wirtschafts- etc. -politiken.

2. *Kritik von Inhalt und Form:* Was in den dominanten Diskussionen nur am Rande auftaucht, weil die meisten Kräfte nun überhaupt kein Interesse daran haben: Es geht nicht nur darum, bestimmte alternative Inhalte in einer möglichst breiten Öffentlichkeit zu diskutieren. Emanzipative Bewegungen haben immer auch die herrschenden Formen von Politik infrage gestellt. Das konzentriert sich bislang stark auf die internationalen Organisationen wie Weltbank, IWF und WTO, betrifft jedoch zunehmend Staat, Parteien und Medien. Die Vorstellung, dass dort „Politik“ gemacht bzw. verhandelt wird, gerät zunehmend in Zweifel. Wie es KollegInnen von Attac-Frankreich treffend ausdrücken, geht es unter anderem darum, sich nicht zu oft auf die institutionellen und diskursiven Terrains der Gegner zu begeben. Denn die herrschenden Sichtweisen und veröffentlichte Meinung geben sehr stark vor, welche politischen Formen und Inhalte als „plausibel“ und „vernünftig“ angesehen werden. So ist die herrschende Aufspaltung in die „große“ staatliche Politik und die „kleine“ im Alltag eher ein Problem für emanzipative Ver-

änderungen. Zudem wird immer wieder suggeriert, dass „Politik“ in den „Zentren der Macht“ gemacht wird und sich Bewegungen daran zu orientieren hätten. Eine Gefahr der aktuellen Entwicklungen besteht darin, „Markt“ und „Staat“ als eine Art Nullsummenspiel zu verstehen. Eine weit verbreitete Annahme lautet: Bedeutete die neoliberal-kapitalistische Globalisierung die Stärkung der Marktkräfte, so müsse nun wieder der Staat an Einfluss gewinnen, um die sozio-ökonomischen Entwicklungen „politisch zu gestalten“. So wichtig eine Zurückdrängung von Kapitalinteressen ist, so sehr droht ausgeblendet zu werden, dass staatliche Politik selbst ganz wesentlich an den von den jüngsten Bewegungen kritisierten Entwicklungen beteiligt ist und sie mitunter aktiv voran getrieben hat. Nun wäre es unsinnig, die dominanten politischen und medialen Mechanismen unberücksichtigt zu lassen. Doch müssen die Ambivalenzen klar sein. Es muss immer wieder eine kritische Reflexion darüber geben, inwieweit man eingebunden wird, sich zu sehr auf Vorgaben der „anderen Seiten“ einzulassen (sichtbar geworden nach Genua und der Versuch der Spaltung in einen „guten“ und „bösen“ Teil der globalisierungskritischen Bewegungen).

3. *Alternativen setzen an Alltagspraxen an, ohne die institutionelle Ebene zu unterschätzen:* Eines der großen Verdienste der globalen sozialen Bewegungen besteht darin, ein Verständnis von „Globalisierung“ infrage gestellt zu haben, das diese als unausweichlichen und logischen Prozess versteht. Globalisierung, das ist heute immer mehr Menschen klar, ist ein machtförmiger, interessengeleiteter und ausgrenzender Prozess, sie ist neoliberal. Gleichwohl liegt hier auch ein Problem: Viele AktivistInnen, Intellektuelle und JournalistInnen reduzieren Neoliberalismus auf die gestiegene Macht von Kapital und Staat. So wichtig die dort formulierten neoliberalen Strategien sind, so deutlich ist auch, dass das neoliberale Einheitsdenken sich in den Köpfen und Alltagspraxen von Menschen festgesetzt hat. Das erleben wir alltäglich in den Betrieben, an den Unis, im persönlichen Umfeld. Damit kann man den vielleicht Identität-stiftenden, aber vereinfachenden Gegensatz „dort die Neoliberalen (Schlechten) und hier wir (die Guten)“ nicht aufrecht erhalten. Soziale Herrschaft hat sich in westlichen Gesellschaften ganz wesentlich dadurch stabilisiert, dass sie von den Beherrschten akzeptiert wird. Also muss auch dort angesetzt werden, was Konsequenzen für politische Strategien hat: Es geht nämlich nicht immer nur um die „große“ Politik gegenüber dem Staat und Parteien und

Verbandsvertretern sowie um die breite Öffentlichkeit, sondern auch um die Nahverhältnisse. Wenn ernst genommen wird, dass die neoliberal-kapitalistischen Verhältnisse sich in Alltagsverhältnisse gleichsam „einpflanzen“ und von handelnden Menschen bestätigt werden (sei es, weil sie plausibel sind, sei es, weil es zunächst keine Alternative gibt), dann öffnet sich hier ein immenses Terrain sozialer Kämpfe. Diese Einsicht ist nun keineswegs neu, sondern wurde insbesondere von feministischer Seite immer wieder eingebracht. Auch die derzeit dynamischsten lateinamerikanischen Bewegungen wie die mexikanischen Zapatistas, die brasilianische Landlosenbewegung oder die argentinischen Piqueteros haben das sehr klar. Dies ist keine Position, sich auf „autonome“ Räume zurück zu ziehen. Vielmehr geht es darum, immer wieder ganz spezifische Zusammenhänge zwischen Öffentlichem, Staatlich-Politischen und dem Nicht-Öffentlichen im beruflich-familiären-und-anderen Alltag herzustellen. (Dies hat übrigens Auswirkungen auf die Art und Weise, wie Theorie und kritisches Wissen in sozialen Auseinandersetzungen wirken; darauf soll hier aber nicht eingegangen werden.) Entscheidend ist dann aber, Lern- und Erfahrungsprozesse ernst zu nehmen, lokale Organisation nicht nur als Teil des großen Ganzen zu sehen, sondern ihr einen zentralen Stellenwert zukommen zu lassen. Das negiert nicht die Bedeutung öffentlicher Auseinandersetzungen und politischer Forderungen etwa gegenüber dem Staat; plädiert aber für eine Perspektivverschiebung.

4. *Praktische Schritte der Veränderung:* Eine zentrale Herausforderung besteht m.E. darin, aus einer Staats- und Herrschaftskritik heraus praktische Schritte für politische Veränderungen zu formulieren – nicht in Gestalt eines scheinbar „großen Wurfs“, sondern in Gestalt konkreter Forderungen, die bestimmte Widersprüche politisch zuspitzen und soziale Sprengkraft entfalten, ohne dabei die Ziele emanzipativer Politik vorzuschreiben. Ein gutes und derzeit stark diskutiertes Beispiel ist das Papier „Sozialpolitik als soziale Infrastruktur“, das von der Gruppe www.links-netz.de formuliert wurde (vgl. entsprechenden website). Hier werden mit durchaus utopischen Ansprüchen klare Alternativen und Forderungen formuliert im Bereich der Sozialpolitik. Solche Forderungen können sich durchaus auf die Ebene internationaler Institutionen beziehen. Hier wäre z.B. zu überlegen, inwieweit den weit verbreiteten Vorschlägen zur Reform von IWF, Weltbank oder WTO die Forderung nach deren Abschaffung entgegen gestellt werden

könnte, um die grundlegende Herrschaftsförmigkeit der drei Institutionen wieder stärker in den Blickpunkt zu rücken. Zum anderen geht es – wie gesagt – darum, gesellschaftliche Kräfteverhältnisse durch die Veränderung von Alltagspraxen zu verschieben.

5. *Brüche und Offenheit zulassen:* Die Diskussion um das oben erwähnte Papier hat vor allem deutlich gemacht, dass die Dynamiken sozialer Bewegungen und politischer Kämpfe sind nur begrenzt planbar sind, sondern in sich widersprüchlich, dass sie immer wieder an unvorhergesehene Grenzen kommen und sich ganz rasch entwickeln (wie beispielsweise nach Genua) oder plötzlich mit sich verändernden politischen Koordinaten konfrontiert sind (wie etwa nach dem 11. September 2001). Es wäre sogar kontraproduktiv, „Wege“ zu sehr festzulegen. Denn wenn es für soziale Bewegungen gerade in diesen scheinbar „alternativlosen Zeiten“ wichtig ist, Denk- und Handlungsräume zu öffnen, findet das in sehr vielfältiger Form statt. „Fragend gehen wir voran“ (*preguntando caminamos*) sagen die mexikanischen Zapatistas, was gerade nicht Beliebigkeit, sondern Offenheit, strategische Klugheit und die permanente Suche der Ausweitung von Bündnissen bedeutet. An letzteren anzusetzen heißt, sich darüber im Klaren zu sein, dass emanzipatorische Veränderung nicht schnell geht, dass sie sich nicht über den großen Bruch ereignet, auch wenn es natürlich Brüche geben muss, an denen Veränderung sichtbar wird. Dafür müssen Bewegungen offen bleiben. Daher kann es auch nicht den „großen strategischen Wurf“ geben. Eine zentrale Bedingung von emanzipativen Bewegungen liegt darin, sich in permanenten Diskussion- und Klärungsprozessen der eigenen politischen Wirkungen, inhaltlichen Positionen und (eigener wie gegnerischer) Strategien zu vergewissern – in Form strukturierter Diskussionen, Positionspapieren, Erfahrungsaustausch, kleineren und größeren Tagungen und Kongressen, Publikationen, Mailinglisten etc.

6. *Schließlich: Es gibt doch jede Menge Alternativen:* Wenn die bisherigen Argumente stimmen, dann gilt es vor allem auf einen Sachverhalt hinzuweisen: Es gibt doch ganz viele Alternativen zum vereinheitlichenden und immer ideenloseren neoliberalen Kapitalismus. Diese sind nicht zu romantisieren, sondern entstehen oft aus Krisen heraus (wie die Tauschclubs in Argentinien), aber es gibt unzählige erfolgreiche Kämpfe gegen die Macht von Staaten und Kapital. Porto Alegre steht genau hierfür (und das ist viel spannender als die Inszenierung der

selbst ernannten Repräsentanten), dass diese diversen Erfahrungen zusammen kommen und sich austauschen.

Schlussbemerkungen

Es geht um die Entwicklungen *spezifischer* Strategien, Organisationsprozesse und Bündnisse, nicht um einen immer größere werdenden und konvergierenden „Strom“ sozialer Gegenmacht. Ein übergreifender Orientierungspunkt könnte sein, den vielfältigen „antagonistischen Charakter“ der neoliberal-kapitalistischen Globalisierung deutlich zu machen. Die italienische globalisierungskritische Gruppe der *Disobbedienti* (Ungehorsame) bringt dies auf den Punkt: „Eine andere Welt ist möglich zu sagen bedeutet, auch den Kampf gegen jene zu führen, die uns diese andere Welt nicht aufbauen lassen.“ Das bedeutet gerade nicht, abstrakt „den Staat“ oder „die bürgerlichen Medien“ abzulehnen, sondern genau auszuloten, wo es Einsatzpunkte gibt. (In einer Diskussion wurde mir vorgeworfen, mein Argument erinnere an die „Frankfurter Lederjackett-Fraktion“, die immer nur polarisieren wolle; das meine ich damit aber nicht.) Staatliche Politik und politische Öffentlichkeit sind nicht nur herrschaftsförmig, sondern auch widersprüchlich – und hier liegen wichtige Ansatzpunkte sozialer Bewegungen. Über einen Sachverhalt dürfen sich die aktuellen Bewegungen jedoch nicht täuschen lassen: Ihnen ist es zwar gelungen, symbolisch-diskursiv die „neoliberalen Gewissheiten“ anzukratzen, politisch-institutionell stehen die Zeichen gerade in Deutschland weiterhin auf „neoliberal“. Agenda 2010 lässt grüßen. Gerade hier wird doch sichtbar, dass es jede Menge kluge Alternativen gibt, sie aber angesichts der gegenwärtigen Kräfteverhältnisse nicht gehört werden (müssen). Gerade deshalb gilt es, die Kritik an politischen Inhalten mit jener an der Form zu verbinden.

Schließlich: Das Verhältnis von Kritik und Handeln ist kein dichotomisches (hier die „Kritiker“, dort jene, die „etwas verändern“), sondern kritische Analyse ist integraler Bestandteil von kritisch-emanzipativem Handeln. Insbesondere kann damit vor Illusionen bewahrt werden, dass die gewünschten und dringend notwendigen weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen auf einem „klaren Weg“ umsetzbar wären.

Dr. Ulrich Brand ist Politikwissenschaftler an der Universität Kassel und Mitarbeiter bei BUKO

Die militärische Absicherung der Globalisierung

von Winfried Wolf

Drei an den Beginn gestellte Zitate sollen in das gestellte Thema einführen:

Die unsichtbare Hand des Marktes funktioniert nicht ohne die sichtbare Faust. McDonald kann nicht prosperieren ohne McDonald-Douglas, den Hersteller der F15-Kampfflugzeuge. Diese sichtbare Faust sichert auf der ganzen Welt den Sieg der Technologieprodukte des Silicon Valleys. Diese Faust sind die Landstreitkräfte, die Marine, die Luftwaffe und das Marine-Corps der USA.

Dieses erste Zitat stammt von Thomas L. Friedman, dem vormaligen Assistenten der US-Außenministerin Madeleine Albright. Die Sätze wurden geäußert am Tag nach dem Beginn des Nato-Kriegs gegen Jugoslawien 1999.¹ Kenner des militärisch-industriellen Komplexes wissen, dass der Rüstungs- und Luftfahrtkonzern McDonald-Douglas bald danach von Boeing übernommen wurde, wobei Boeing auch die F15-Kampfflugzeuge-Produktion übernahm und auf diese Weise zum weltgrößten Rüstungshersteller aufstieg.

Das zweite Zitat:

Die Wehrmacht oder Bundeswehr ist seit 1989 bis an die Existenzgrenze verkleinert worden. Die deutsche Rüstungswirtschaft benötigt jetzt verlässliche Planungsgrundlagen... Der investive Teil zur Modernisierung der Ausrüstung der Bundeswehr muss um jährlich drei Milliarden Euro erhöht werden.

Dieses Zitat stammt von Michael Rogowski, dem Präsidenten des Industriellenverbandes BDI; ja, der Mann sagte „Wehrmacht oder Bundeswehr.“²

Das dritte Zitat:

Seit Deutschland vereint ist und seine volle Souveränität zurückerlangt hat, ist die politische Klasse einer offenen Diskussion der nationalen Interessen ausgewichen. Angewandt auf die causa Afghanistan/Irak erscheint es unklug, dass Deutschland sich nur am Hindukusch engagieren will. Der Irak ist langfristig das wichtigere Land - wegen seiner strategischen Lage und vor allem wegen seiner Ölvorkommen... Deutsche Soldaten sind Türöffner für politischen Einfluss und Geschäftsbeziehungen. Solche nüchternen Überlegungen mögen der hiesigen politischen Kultur derzeit noch fremd sein... Der Gang der Weltpolitik, der selten Rücksicht auf moralische Kategorien nimmt, wird sie aber auch von unserem Land wieder fordern.

Diese Sätze stammen von Nikolas Busse und aus einem Leitartikel in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“. Das Thema ist diesem Flaggschiff des deutschen Großbürgertum so wichtig, dass sich an derselben Stelle ein Vierteljahr früher und formuliert von einem anderen Faz-Redakteur fast die gleichen Sätze lesen ließen, in denen ein deutsches militärisches Engagement im Irak gefordert wird – um deutsche Wirtschaftsinteressen abzusichern.³

Alle drei Zitate entstammen zwar dem „Zeitalter der Globalisierung“. Sie wurden auch von Leuten geäußert, die man als Propagandisten der kapitalistischen Globalisierung bezeichnen könnte. Dennoch waren es Aussagen, die auf nationale Interessen orientierten: Ja zur militärischen Absicherung der Globalisierung – im Interesse von McDonald-Douglas und der US-Wirtschaft, Ja zur Globalisierung im Rahmen einer deutschen Rüstungswirtschaft bzw. im nationalen deutschen Interesse als Türöffner für wirtschaftliche Engagements in der Golf-Öl-Region.

Diese Tatsache wird dann als Widerspruch empfunden, wenn man sich unter „Globalisierung“ eine Art „Macht der Weltkonzerne“, die Herausbildung eines „internationalen“ oder „transnationalen Kapitals“ oder gar eines anonymen „internationalen Finanzkapitals“ vorstellt. Es ist jedoch dann kein Widerspruch, wenn unter „Globalisierung“ – besser: wenn unter der aktuellen Phase des Kapitalismus in seinem kontinuierlichen, seit mehr als zwei Jahrhunderten andauernden Prozess der Internationalisierung - eine dialektische Einheit verstanden wird von

- Internationalisierung von Kapitalanlage und Ausbeutung
- bei gleichzeitiger Nationalisierung und Blockbildung des Kapitals.

Und wenn in diesem Zusammenhang die „militärische Absicherung der Globalisierung“ verstanden wird als Absicherung der aktuellen Phase des Kapitalismus, als Absicherung auch der Nationalisierung und Blockbildung von Kapitalien und als Absicherung der jeweiligen Konkurrenzposition des jeweiligen Kapitals oder des entsprechenden kapitalistischen Blocks auf dem Weltmarkt. Eine logische Folge dieses Verständnisses ist es dann, dass auch die

Rüstungswirtschaft selbst von beiden Prozessen geprägt ist – dass es dort eine gewisse Internationalisierung gibt, dass es aber auch zu einer Nationalisierung oder Blockbildung der militärisch-industriellen Komplexe (MIK) kommt.

1. Was ist Globalisierung?

Damit sind wir inmitten eines ersten Abschnitts – dem zur Definition von „Globalisierung“. Tatsächlich hat sich die Macht der weltweit größten Konzerne enorm erhöht. In den 60er Jahren entsprach der Umsatz der 200 größten Konzerne rund 17 Prozent des weltweiten Bruttoinlandsprodukts. Heute entspricht dieser Umsatz 37 Prozent des weltweiten BIPs. Das ist so neu wieder nicht – ich zitiere: „Dreihundert Männer, von denen jeder jeden kennt, leiten die Geschicke des (europäischen) Kontinents. Es handelt sich um die zweite Generation der erwerbenden und Leitenden.“⁴

Das formulierte der Siemens-Mitbegründer Walter Rathenau. Es gibt also seit langem eine Internationalisierung des Kapitals. Die Macht der britischen Ostindischen Kompanie auf dem Höhepunkt des britischen Empires war größer als die des heute größten Konzerns der Welt. Vergleichbares gilt für die Macht von Standard Oil in der Zeit zwischen den zwei Weltkriegen. Nicht zutreffend ist jedoch, dass diese international mächtigen Konzerne vagabundierendes, internationales Kapital, Kapital losgelöst von Staaten und national geprägten Eigentümern darstellen würden. Von den 200 größten Konzernen des Jahres 1999 waren hinsichtlich ihrer Eigentümer-Struktur 76 US-amerikanisch, 40 japanisch, 22 deutsch, 17 französisch, 10 britisch, jeweils sechs niederländisch, italienisch und schweizerisch, drei spanisch, zwei britisch-niederländisch und einer schwedisch. Das macht zusammen 189. Die übrigen 11 sind ebenfalls national geprägt – sie zählen zu Ländern wie Südkorea, Brasilien, der VR China, Venezuela und einigen, wenigen anderen. Das heißt, von den 200 führenden Konzernen der Welt, von den als „Multis“ oder „transnationale Konzerne“ bezeichneten Großunternehmen, den Schrittmachern der Globalisierung, zählen hinsichtlich ihrer Eigentümerstruktur 94 Prozent zu einem der G-7-Staaten und den weiteren vier wichtigen OECD-Ländern Schweiz, Niederlande, Spanien und Schweden.⁵

Wenn ich sage, dass diese international agierenden Konzerne „national geprägt“ sind, dann meine ich, dass sie kaum übersehbar national definiert sind: hinsichtlich ihrer Eigentümerstruktur, des Firmensitzes, ihrer formellen und realen Konzernzen-

trale, hinsichtlich der Kultur und Sprache, die im Management vorherrscht – schlicht: hinsichtlich ihrer Zugehörigkeit zu einer „nationalen Großbourgeoisie“. Nehmen wir das Beispiel DaimlerChrysler, immerhin einer der größten Industriekonzerne der Welt und einer, von dem es 1998 hieß, dass er nunmehr ein „internationaler Konzern“ geworden sei – durch einen „merger of equals“, durch das angeblich gleichberechtigte Zusammengehen von Daimler-Benz und der Chrysler Corporation. Ich vertrat damals bereits öffentlich – so auf der Daimler-Benz-Hauptversammlung 1998 – die These, dass das alles ein Bluff sei, dass am Ende erneut ein rein nationaler, ein deutscher Konzern dastehen würde. Tatsächlich kam es nach diesem „merger“ Schlag auf Schlag: die US-Manager bei Chrysler flogen raus, auch der Mann dort an Spitze, Bob Eaton, der angeblich gleichberechtigt mit Schrempp den „Weltkonzern“ lenken sollte, ging mit „goldenem Handschlag“. Herr Zetsche wurde zu Chrysler eingeflogen und mit ihm Dutzende deutsche Top-Manager. Das gleiche passierte, nachdem bald darauf DaimlerChrysler in Japan den Pkw-Hersteller Mitsubishi Motors übernahm. Da wurden gleich mehr als 100 schwäbisch oder badisch sprechende Manager nach Japan verbracht, die kein Wort japanisch sprechen, aber die Kommandos aus Unter- türkheim gut verstehen können. Bei Mitsubishi wurde ein Mann an die Spitze gestellt, der sich vorher bei der damaligen Daimler-Tochter Adtranz als glatte Fehlbesetzung erwiesen hatte. Wohin man im Daimler-Imperium auch schaut – die Schaltstellen der Macht werden bestimmt von einer badisch-schwäbischen Maultaschen-connection.

Es ließen sich dutzende Beispiele aus der aktuellen Konzernwelt aufzeigen, wie diese international führenden und international agierenden Konzerne letzten Endes national bestimmt sind. Auch können ausreichend Beispiele angeführt werden, wie Versuche, so etwas wie ein wenigstens binationales oder transnationales Kapital zu schaffen, scheiterten (z.B. in der Stahlindustrie der 70er Jahre mit dem deutsch-niederländischen Unternehmen Estel, oder Anfang der neunziger Jahre die Verbindung Renault und Volvo. Estel, die Verbindung von Hoesch und Hogoovens, platzte; stattdessen wurde dann Hoesch von Krupp und Krupp von Thyssen übernommen – ein rein deutscher Stahlgigant entstand. Der niederländische Stahlkocher Hogoovens wurde von British Steel übernommen – eine primär britisch bestimmter Stahlriese entstand. Renault wiederum übernahm Nissan und kontrolliert diesen ehemals japani-

schen Autokonzern strikt von Paris aus – mit einem französischen Statthalter, Herrn Goshn, vor Ort. Volvo wiederum wurde von Ford geschluckt und erhält seither seine Kommandos aus Dearborn, USA).

Es sei nicht verschwiegen, dass es einige wenige Sonderfälle gibt – wie Aventis (der Zusammenschluss von Rhone Poulenc und Höchst) und ABB (eine Verbindung von BBC/Schweiz und Asean/ Schweden). Das sind jedoch die typischen Ausnahmen, die die Regel bestätigen, zumal diese Unternehmen einerseits im Weltmaßstab nicht maßgeblich sind und andererseits selbst neuen Nationalisierungstendenzen unterliegen.

Es stellt sich natürlich gerade vor dem Hintergrund des aktuellen Diskurses die Frage: Warum sollten diese Konzerne denn „national“ sein, wenn sie doch international agieren? Der Grund ist nicht Patriotismus oder Vaterlandsliebe, sondern einerseits schlichter Pragmatismus, pure Berechnung, und andererseits das Resultat einer vorgegebenen, praktischen, kapitalistischen Struktur. Die Staaten dienen und dienen den Konzernen als Instrument, um Kosten abzuwälzen, diese zu „vergesellschaften“, und auf diesem Weg Gewinne zu maximieren und zu privatisieren. Die Staaten organisieren für die Konzerne bestimmte Rahmenbedingungen wie Infrastruktur und Ausbildung. Sie dienen den „Weltkonzernen“ auch als Geleitschutz auf dem internationalen Parkett – bei den GATT, dann WTO, dann GATS-Verhandlungen, im Rahmen der

war eng verzahnt mit der deutschen Aufrüstung und dem Versuch, auch militärisch die Nummer eins zu werden. Nach dem Zweiten Weltkrieg rückten die USA zur wirtschaftlich stärksten Macht auf – und sie wurden gleichzeitig Militärmacht Nummer eins. Sie rückten vor die deutsche Militärmacht, indem sie diese besiegten, und sie rückten vor die britische Militärmacht, indem sie diese einbanden und „unterstützten“. In den letzten 50 Jahren gibt es im übrigen einen fast parallel verlaufenden Prozess zwischen der Entwicklung der Weltmarktanteile und der militärischen Entwicklung: Die USA hatten 1959 einen Anteil am Welthandel von 16 Prozent – da befanden sie sich wirtschaftlich und militärisch an der Spitze. Damals hatte die BRD 9, Frankreich 5, Großbritannien noch 10 und Japan 3 Prozent Weltmarktanteil. Der US-Anteil am Welthandel sank dann kontinuierlich bis auf 10,5% im Jahr 1990; damals lag die BRD auf Platz 1 (mit 12,0%) und Japan fast gleichauf mit den USA. Gleichzeitig nahm die militärische Stärke der USA ab – vor allem nach der Niederlage im Vietnamkrieg 1973. Seit 1990 und bis 2000 erlebten wir den umgekehrten Prozess: Die US-Wirtschaft steigerte ihren Weltmarktanteil erneut auf 12,4% 2002. Parallel wuchs ihre militärische Macht, verdeutlicht im Golfkrieg 1991, im Krieg gegen Jugoslawien 1999 und im Golfkrieg 2003. Der Weltmarktanteil der BRD sank bis 2000 wieder auf 8,4%.⁶



UNO oder der Nato. Sie dienen dem Einwerben von neuen Aufträgen und neuen Möglichkeiten zur Kapitalanlage. Wenn der Kanzler nach China jettet, dann hat er eine Flugzeugladung Top-Manager dabei – oder auch umgekehrt: die Top-Manager leisten sich einen Kanzler als ihren Vorsprecher, Türöffner, Grußonkel.

Dabei gingen und gehen immer die Weltmarktpositionen Hand in Hand mit der jeweiligen militärischen Absicherung. Als das britische Empire auf dem Höhepunkt seiner Macht war, war auch die britische Marine und das britische Militär weltweit führend. Das Aufrücken des deutschen Kapitalismus und Imperialismus vor dem Ersten und vor dem Zweiten Weltkrieg

2. Rüstung und ihre ökonomische Wirkungsweise im Kapitalismus

Oft wird recht banal gesagt: Rüstung ist ein Geschäft, es bringt Profit. Es hilft den Konzernen und Staaten aus Krisensituationen heraus. Tatsächlich ist das nicht nur vereinfacht; es ist weitgehend auch so nicht zutreffend. Um den wirkliche Zusammenhang von Rüstung und kapitalistischer Wirtschaft zu verstehen, sind drei Ebenen zu unterscheiden:

Auf der ersten Ebene sind Investitionen in Rüstung bei ausschließlicher Betrachtung der individuellen Rüstungsunternehmen oder der Rüstungsindustrie tatsächlich gewinnbringend, ein business as usual, ein meist sehr profitables Geschäft. Im

Rüstungssektor gelten auch ein paar Spielregeln nicht, die die Profitmaximierung in anderen Branchen eher einengen. Beispielsweise gibt es dort keinen normalen industriellen Zyklus mit Aufschwung, Boom, Niedergang und Krise. Es gibt auch keine zersplitterte Nachfrage u.a.m. Rosa Luxemburg, eine große Theoretikerin der Rüstungswirtschaft und dessen, was wir heute als militärisch-industriellen Komplex bezeichnen, fasste dies wie folgt zusammen: „Es tritt an Stelle einer großen Anzahl kleiner, zersplitterter und zeitlich auseinanderfallender Warennachfragen ... eine zur großen, einheitlichen kompakten Potenz zusammengefasste Nachfrage des Staates. ... In Gestalt der militärischen Aufträge des Staates wird die zu einer gewaltigen Größe konzentrierte Kaufkraft der Konsumentenmasse außerdem der Willkür, den subjektiven Schwankungen der persönlichen Konsumtion, entrückt und mit einer fast automatischen Regelmäßigkeit, mit einem rhythmischen Wachstum begabt. Endlich befindet sich der Hebel dieser automatischen und rhythmischen Bewegung der militaristischen Kapitalakkumulation in der Hand des Kapitals selbst – durch den Apparat der parlamentarischen Gesetzgebung und des zur Herstellung der öffentlichen Meinung bestimmten Zeitungswesens.“⁷

Die zweite Ebene betrifft die gesamte Volkswirtschaft; hier geht es um die kurzfristig-konjunkturelle Wirkung von Rüstung und Krieg auf dieselbe. Tatsächlich können gesteigerte Rüstungsausgaben die Konjunktur beleben und ein Absacken in eine Krise verhindern bzw. zum schnelleren Aufstieg aus einer Krise beitragen. Das war der Fall in Deutschland 1932 bis 1942, zumal zuvor die „reinigende Kraft“ der Weltwirtschaftskrise 1929-1932 gewirkt, also gewütet hatte. Das ist heute der Fall in den USA im Zeitraum 2001 bis 2003. Anfang 2001 tauchte die US-Wirtschaft in eine neue Rezession ab – also deutlich vor dem Angriff

auf das World Trade Center. Seit dem 11.9.2001 erleben wir in den USA eine massive Ausdehnung der Rüstungsausgaben von jährlich rund 280 Milliarden US-Dollar 1998 auf inzwischen – 2003 – rund 400 Milliarden US-Dollar. Zusammen mit den gestiegenen Ausgaben für „Homeland Defence“ (Innere Sicherheit), mit Sonderprogrammen für Airlines und für die US-Landwirtschaft mit den massiven Steuererleichterungen für Konzerne und Vermögende und mit einem Rekordtief bei den Zinsen (mit einer prime rate – grob dem deutschen Diskontsatz entsprechend – von derzeit 1 Prozent) ergibt all dies ein Konjunkturprogramm, eine zusätzliche Nachfrage, die rund zwei Prozent des US-amerikanischen Bruttoinlandsprodukts entspricht.⁸

All das hat natürlich eine krisenmildernde Wirkung und kann einen Aufschwung bewirken. Es kann aber auch zu einem bloßen „Strohfeuer-Effekt“ führen, dazu, dass es nach einem „double dip“, nach einem zweimaligen Einbrechen der Konjunktur 2001 und 2003, zu einem triple dip, zu einem neuen Einbruch 2004 oder 2005 kommt. Alles in allem aber sind diese zusätzlichen staatlichen Nachfragen in den USA, vor allem nach Rüstung und High Tech, ein wesentlicher Grund für das Anspringen der US-amerikanischen Konjunktur im dritten Quartal 2003. Hier wird nicht das Thema erörtert, ob diese konjunkturelle Entwicklung anhalten wird; dazu äußerte ich mich an anderer Stelle.⁹

Die dritte Ebene betrifft die längerfristige Wirkung von hohen Rüstungsausgaben auf die Volkswirtschaft. Diese stellen immer einen Abzug von produktiven Investitionen und einen Abzug der gesamtgesellschaftlichen Nachfrage für Güter des produktiven Sektors dar. Stark steigende Rüstungsausgaben ist auch fast immer verbunden mit steigender Verschuldung – und damit mit wachsenden Zinslasten.

So wurde die Rechnung für die deutsche Hochrüstung 1948 präsentiert – mit der Währungsreform.

Die Rechnung für die US-Hochrüstung nach dem Zweiten Weltkrieg und mit dem Korea- und dann dem Vietnamkrieg wurde in den siebziger und achtziger Jahren präsentiert: Das auf den Gold-Dollar gestützte weltweite Währungssystem kollabierte („Bretton Woods“); der Dollar verlor zeitweilig seine Funktion als Leitwährung; die Produktivität der US-Wirtschaft blieb hinter der japanischen und westdeutschen Konkurrenz zurück.

Umgekehrt erklären sich der ökonomische Aufschwung der BRD 1948 bis 1974 – das sogenannte Wirtschaftswunder – und der japanische Boom 1960 bis 1990 auch durch die in den entsprechenden Zeiten niedrigen westdeutschen bzw. japanischen Rüstungsausgaben. Auch das Wiedertriften der US-Ökonomie auf dem Weltmarkt 1990 bis 2002 ist mit ein Resultat der deutlich niedrigeren Rüstungsausgaben – wobei „niedrig“ meint, in Prozent des Bruttoinlandsprodukts gemessen, also als spezifisches Gewicht in der Gesamtwirtschaft. Während die US-Rüstungsausgaben 1970 rund 9 Prozent des US-BIPs ausmachten, waren es 1988 nur 3,8%. Derart niedrige Rüstungsausgaben konnte sich die US-Regierung leisten, weil das US-Militär wieder unangefochten Weltspitze ist. Das Optimale sind demnach relativ niedrige Rüstungsausgaben gemessen als Anteil an der gesamten Wirtschaft bei gleichzeitiger militärischer Hegemonie. Dem wiederum entspricht die Orientierung auf „Blitzkriege“, auf „shock and awe“, wie das US-Militär die Strategie im Irak-Krieg 2003 nannte, auf eine maximale Flexibilität, auf Berufsheere, auf eine Abwälzung militärischer Lasten auf abhängige Bündnispartner usw.

Umgekehrt stellen langfristig hohe Rüstungsausgaben eine gesamtwirtschaftliche Belastung dar, bergen die Gefahr des militärischen „overstretching“, der „Überdehnung“, der allzu großen geographischen und vor allem materiellen, finanziellen Belastung eines solchen Hochrüstungskurses.

Nun gibt es beim zuletzt formulierten eine Ausnahme: Wenn die mittel- und langfristige Belastung, die aus einer Hochrüstungsphase resultiert, geringer ist als der Gewinn, der als Resultat militärischer Einsätze aus externen Ökonomien bezogen wird kann, dann sind auch solche Phasen verkraftbar, dann wird eine solche Ökonomie dennoch an der Weltspitze im Welthandel und bei der Produktivität bleiben können. Das heißt im Klartext: Die Gewinne aus dem reinen Raub, aus dem kolonialen Profit



müssen größer sein als die militärischen Belastungen im Inland.

3. Aktuelles Stadium der militärischen Absicherung der „Globalisierung“

Kommen wir zurück zu den „200 größten Konzernen der Welt“. Diese Mega-Unternehmen sind nicht nur eine Großmacht auf dem Weltmarkt, es handelt sich nicht allein um einen Ausdruck der G-7-Staaten-Macht, die Macht dieser Unternehmen wird nicht allein in US-Dollar, Yen, Euro und britischen Pfunden ausgedrückt. Diese Konzerne bringen auch eine stoffliche Konzentration zum Ausdruck - die Konzentration auf Öl, Ölverarbeitung, Auto, Reifen, Luftfahrt und Rüstung. Dabei handelt es sich um eine stoffliche Konzentration auf Öl und seine Derivate Benzin, Diesel, Kerosin, Raketentreibstoff – und die damit verwandten und „angetriebenen“ Industrien. Addiert man den Umsatz der 100 größten Konzerne der Welt, dann hat der addierte Umsatz der „Konzerne der Öl-, Auto- und Luftfahrt-Industrien“ einen Anteil von mehr als 60 Prozent. Fast zwei Drittel des Umsatzes der 100 Größten entfällt auf diesen Bereich. Damit konzentriert sich der weltweite Kapitalismus heute in einem Maß auf einen einzigen Rohstoff, wie es das in den vergangenen drei Jahrhunderten – als es beispielsweise jahrzehntelang eine Konzentration auf Kohle und Stahl gab – nicht gegeben hat. Diese Konzentration ist umso dramatischer, da der Rohstoff Erdöl enorm endlich ist und aufgrund der Konzentration der Ölvorkommen auf wenige Regionen.

So gesehen war der Afghanistan-Krieg naheliegend: Auf dem Weg zum Kaspischen Meer und zu den zentralasiatischen Staaten lag und liegt Afghanistan. So gesehen erfüllte der Irak-Krieg 2003 eine spezifische doppelte ökonomische Funktion: Unter dem Irak liegen 10 Prozent der weltweit registrierten Ölvorkommen. Gleichzeitig besteht mit der Kontrolle des irakischen Öls die Möglichkeit, über die strategisch entscheidende „swing capacity“ beim Ölpreis zu verfügen. Die irakische Ölförderung von 2002 2 Millionen Barrel pro Tag kann nach neuen Grundinvestitionen auf sechs Millionen Barrel Tagesleistung gesteigert werden. Dieser dann mögliche große „swing“ und das erhebliche Gewicht einer solchen Tagesleistung gemessen an der Weltförderung ermöglicht es, den Ölpreis in erheblichem Maß zu beeinflussen, wenn nicht, diesen zu bestimmen. Voraussetzung dafür ist jedoch, dass es gelingt, die Ölförderung und den Ölexport im Irak zu steigern und die genannte potentielle Tageskapazität zu erreichen. In einem solchen Fall könnte der US-amerikanische Profit aus der Eroberung

des Irak durch Raub, Plünderung und die Beeinflussung des Weltölpreises größer sein als die Kosten, die die neue Hochrüstung im allgemeinen und diejenigen der Besatzung im Irak im besonderen mit sich bringen.

Vor diesem Hintergrund macht auch das aktuelle Projekt einer „Beteiligung anderer westlicher Mächte“, z.B. der Nato, an den Kosten und Lasten des Besatzungsregimes im Irak Sinn. Es handelt sich schlicht darum, dass die anderen Nato-Staaten zu Tributzahlungen dafür herangezogen werden, dass die USA mit ihrer Irak-Politik dafür garantieren, dass der Ölpreis nicht allzu hoch, z.B. nicht wesentlich über 30 US-Dollar je Barrel Öl vom Typ Arabian Light ansteigt. Es heißt übrigens auch, dass die USA mit ihrer Irak-Politik garantieren können, dass der Ölpreis nicht allzu tief fällt, z.B. nicht unter 15 US-Dollar je Fass, weil sich dann eine Förderung des Nordseeöls nicht mehr rechnen würde. Es geht darum, dass die Konkurrenten der USA derzeit sich veranlasst sehen, eine „new world order“ unter US-Führung zu akzeptieren, von der sie durchaus auch profitieren. In diesem Sinne äußerte sich der französische Außenminister Dominique de Villepin im November 2003 mit den Worten: „Was im Irak jetzt auf dem Spiel steht, betrifft uns alle. Es geht dort um die Sicherheit der Welt.“ Man vergleiche diese Worte mit der harschen – scheinbar anti-US-amerikanischen – Haltung desselben Herrn vom März und April 2003.

Zum gleichen Thema schrieb die „Frankfurter Allgemeine Zeitung vor kurzem der EU das folgende ins Stammbuch: „Jetzt ist Europa gefragt. Die Schadenfreude, mit der Paris und Berlin den Sicherheitsschlamassel im Irak beobachtet haben, muss ein Ende haben ... Die Europäer sind nun gefordert, Präsident Bush jeglichen Anflug von Rückzugsgedanken auszureden und ihrem Nato-Partner dann auch militärisch zu Hilfe zu kommen. Die Entscheidung für einen Bundeswehreinmarsch im Irak ist schwierig, denn es ist mit Todesopfern zu rechnen. ... Doch der Irak geht uns alle an. Und uns Europäer noch viel mehr als die USA.“¹⁰

4. Der militärisch-industrielle Komplex als strategische Veranstaltung – gestern, heute, morgen

Aus dem bisher Gesagten geht hervor: Die militärische Absicherung der Globalisierung ist kein naturwüchsiger Prozess. Sie resultiert nicht oder nicht allein aus der inneren Logik des Kapitals. Es handelt sich um eine strategische Angelegenheit, um eine Sache, die langfristig von denen geplant wird, die im Kapitalismus die politische und

wirtschaftliche Macht haben. Hier müssen wir uns dem militärisch-industriellen Komplex und den hier entscheidenden Akteuren zuwenden.

Es lässt sich zumindest im Nachhinein historisch belegen, dass die großen Rüstungsentscheidungen langfristig geplant waren. Bereits die Entscheidung zur deutschen Aufrüstung vor dem Zweiten Weltkrieg fiel Anfang der dreißiger Jahre – noch vor Hitlers Machtantritt. Es waren die Vertreter der Deutschen Bank bei Daimler-Benz und BMW, die bei diesen von ihr beherrschten Unternehmen bereits 1932 auf Rüstungsproduktion (Flugzeugmotorenbau) orientierten. Das hat der O.M.G.U.S.-Bericht der US-Besatzungsmacht nach dem Zweiten Weltkrieg detailliert belegt.¹¹

Die Entwicklung der westdeutschen Rüstungsproduktion ab den achtziger Jahren spricht ebenfalls für eine längerfristige Planung. 1982 begann Daimler-Benz, damals fast ausschließlich ein „ziviler“ Produzent, mit einem Sozialdemokraten, Edzard Reuter, an der Spitze, einen Rüstungsbetrieb nach dem anderen zu übernehmen und zu integrieren (AEG, MTU, Dornier, MBB). Das Unternehmen war damals und ist heute maßgeblich von dem Großaktionär Deutsche Bank bestimmt. Bei den übernommenen Rüstungsunternehmen handelte es sich meist um langfristig verlustreiche Engagements. 1995 beispielsweise wies Daimler-Benz 4,3 Milliarden Mark Verluste aus – vor allem als Resultat der Verluste bei der Rüstungstochter Dasa. Doch Dasa wurde nicht, wie z.B. Fokker, abgestoßen, sondern aufgepäppelt. Der damalige Dasa-Chef Bischoff, sagte klar: „Dasa hatte auch zu wirtschaftlich extrem schwierigen Zeiten die absolute Unterstützung von Daimler-Benz.“¹²

Auch die Gründung der EADS, des Zusammenschlusses großer Rüstungsaktivitäten in der BRD (DaimlerChrysler-Dasa), Frankreich (Aerospatiale; Lagardère-Matra) und Spanien (Casa) 1999 war ein bewusster, strategischer Akt. Nicht zufällig waren Jaques Chirac und Gerhard Schröder als eine Art Taufpaten bei der Gründung anwesend. Der Zeitpunkt, exakt nach Ende des Kriegs gegen Jugoslawien, war auch bewusst gewählt – als Wink in Richtung USA. In einer Festschrift der Deutschen Bank zur EADS-Gründung heißt es: „A leader is born – Ein Führer wurde geboren“. Der deutsche EADS-Ko-Chef Rainer Hertrich äußerte: „Durch EADS sind die Europäer endlich auf Augenhöhe mit den Amerikanern.“¹³

Eingangs wurde ausgeführt, dass es im Rahmen der Nationalisierung des Kapitals auch die Blockbildung geben würde. Tatsächlich erweisen sich die europäischen

Nationalstaaten als zu eng, um gegen die USA und den neuen nordamerikanischen Block Nafta (USA, Kanada, Mexiko) erfolgreich wirtschaftlich und militärisch in Konkurrenz zu treten. Nachdem im Zweiten Weltkrieg es dem deutschen Kapital nicht geglückt war, mit militärischen Mitteln ein Europa unter deutscher Hegemonie zu verwirklichen, bildete die Gründung der EWG 1956 den Versuch, dies mit „zivilen“ Mitteln zu erreichen.¹⁴ Trotz Freihandelszone, trotz einheitlicher Währung, trotz gemeinsamer Zentralbank stellt sich heraus, dass es bisher nicht zur Herausbildung europäischer Konzerne – und damit nicht zur Schaffung einer materiellen Basis für einen größeren Nationalstaat – kam.

Vor diesem Hintergrund gewinnen die Projekte eines EU-militärisch-industriellen Komplexes, einer eigenständigen EU-Armee, eigener de facto EU-Kolonialgebiete (auf dem Balkan) und das Ziel, „eigene“ EU-Kriege (ohne Nato und USA) zu führen, ihr besonderes Gewicht. Seit einigen Jahren sind wir Zeuginnen und Zeugen einer Neustrukturierung der europäischen Rüstungsindustrie, mit der der militärisch-industrielle Komplex in Europa zum Vorreiter einer neuen Block-Identität werden soll. Dies ist konsequenterweise begleitet von massiven Störmanövern der Konkurrenz aus Übersee, der US-Regierung, wobei diese sich auf den Brückenkopf in der EU, auf Großbritannien und auf den dort maßgeblichen Rüstungskonzern BAe stützen kann.¹⁵

Ähnlich wie mit EADS in der Luftfahrt zeichnen sich derzeit auf drei Teilbereichen der europäischen Rüstungsindustrie strategische Umstrukturierungen ab, die einen Prozess zur Herausbildung eines mächtigen EU-MIK verstärken.

Dies trifft zu auf den Kriegsschiffbau, wo sich die ausgegliederte HDW-Werft (Kiel), Thyssen-Kapazitäten und Thales (Frankreich) für die Bildung einer „EADS zur See“ rüsten. Vergleichbares zeichnet sich im Triebwerkebau ab. Ende 2003 verkaufte DaimlerChrysler-Dasa ihre Tochter MTU. Eine spätere Fusion mit Fiat Avio und eventuell Snecma (Frankreich) und Volvo Aero (Schweden) zu einem gewaltigen EU-Triebwerkehersteller ist im Gespräch.¹⁶

Vorstellbar sind auch Zusammenschlüsse im Panzerbau, wobei es hier zunächst um nationale Fusionen geht (um einen Zusammenschluss von Rheinmetall und Krauss-Maffei-Wegmann).

Wie diese Aufrüstungsbestrebungen und Blockbildungen ausgehen, ist noch unklar. Heute zu sagen, der Abstand der europäischen Rüstungsindustrie sei im Vergleich zum US-amerikanischen militärisch-indu-

striellen Komplex viel zu groß; dieser Abstand könne nicht reduziert, erst recht nicht könne eine EU die USA auf diesem Gebiet einholen, ist wissenschaftlich und vor dem Hintergrund der Geschichte nicht haltbar. Dazu drei abschließende Hinweise:

Erstens. Der Abstand zwischen dem deutschen Kaiserreich und dem britischen Empire im Rüstungsbereich schien Ende des 19. Jahrhunderts unüberwindbar groß. Der deutsche Imperialismus hat diese Kluft binnen eineinhalb Jahrzehnten überwunden. Noch krasser war die Situation 1933; die deutsche Rüstung schien weit abgeschlagen. Nach sechs, sieben Jahren Hochrüstung war die deutsche Rüstungsindustrie so entwickelt, dass ein Zweifrontenkrieg gewagt und nach drei Jahren fast ganz Europa von deutschem Militär kontrolliert wurde.

Zweitens. In der Geschichte des Kapitalismus gelang es nur einmal, dass ein zu enger Nationalstaat überwunden und ein größerer geschaffen werden konnte. Das war 1871 bei der Bildung des Deutschen Reichs. Auch hier hatte es im Vorfeld den Versuch gegeben, mit Freihandelszonen (Norddeutscher Bund) einen größeren Nationalstaat zu schaffen. Doch dieser friedliche Weg scheiterte am Beharrungsvermögen der damaligen Kleinstaaten, was wiederum Teil der damaligen Kapitalstruktur war, die sich eben aus dem skizzierten Grund auf Staaten wie Preußen, Baden, Bayern, Württemberg usw. konzentrierten. Der erfolgreiche Weg zum neuen, größeren Nationalstaat bestand dann im Krieg gegen Frankreich und in der Errichtung eines neuen deutschen Staates auf den Bajonetten der preußischen Armee und der Wirtschaftskraft der Konzerne des größten „Kleinstaats“, Preußens. Dieses Modell einer Einheit auf militärischen und kriegerischem Weg ähnelt demjenigen, das in der EU eingeschlagen wird – wobei nunmehr die Hegemonie der deutschen Unternehmen, im engen politischen und wirtschaftlichen Bündnis mit Frankreich, eine maßgebliche Rolle spielt.

Drittens. Was in den Entwurf einer Europäischen Verfassung im Sommer 2003 in Sachen Aufrüstung hineingeschrieben wurde, ist Programm. Es ist einmalig in der Geschichte bürgerlich-demokratischer Verfassungen, dass eine Verfassung zur Aufrüstung verpflichtet und eine Rüstungsagentur in den Verfassungsrang erhebt. Interessanterweise haben auch alle BRD-Parteien, die im EU-Parlament vertreten sind, im Verfassungskonvent dieser Aufrüstungs-Verfassung zugestimmt, die PDS eingeschlossen. Hier geht es eben um eine patriotische Zielsetzung im Kapitalinteresse; das verstanden offensichtlich alle Parteien.

In einem aktuellen Artikel zu EU und Rüstung wurde formuliert: „Die Europäische Union hat 2002 etwa 46 Mrd. Euro für die Landwirtschaft ausgegeben... Warum diese Ausgaben unsozial sind, ist bekannt... Die EU sollte dieses Geld besser für die Forschung, Entwicklung und Produktion von Rüstungsgütern einsetzen. Eine stärkere europäische Rolle auf diesem Feld würde die Gründungs-idee der Einigung, die gemeinsame Kontrolle über strategische Wirtschaftszweige fortsetzen... Bei der Rüstungspolitik handelt es sich um ein Politikfeld, in dem die Bündelung von Ressourcen echten Mehrwert schafft. ... Die Rüstungspolitik der EU sollte den zentralen sicherheitspolitischen Zielen der EU dienen: Die Herausforderungen von Terrorismus, so genannten Failed States, und Massenvernichtungswaffen erfordern andere Kapazitäten als die nukleare Abschreckung und die Panzerarmeen der Territorialverteidigung. ... In der offensiven Bekämpfung muss die Rüstung ein Militär ausstatten, dessen Einsatzprinzipien denen einer globalen Polizeitruppe entsprechen. Das Zerstörungspotential muss präzise sei. Das Einsatzgebiet ist oft außerhalb Europas. ... Europa braucht eine gemeinsame Rüstungspolitik statt der Gemeinsamen Agrarpolitik, also Kanonen statt Butter.“¹⁷

Interessant ist hier dreierlei: Erstens die Klarheit, in der hier der Zusammenhang von Rüstung, Kriegen und „europäischer Einigung“ gesehen wird. Zweitens die Offenheit, mit der hier eine Parole aus der Kaiserzeit und aus der Zeit der Aufrüstung vor dem ersten Weltkrieg aufgegriffen und der Zusammenhang zwischen Rüstung und sozialer Frage – Kanonen statt Butter – angesprochen wird. Drittens der Verfasser als Person. Es handelt sich um den Leiter der Internationalen Politikanalyse der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn, Michael Dauderstädt.

Anmerkungen

¹ New York Times Magazine vom 28.3.99.

² Nach: Süddeutsche Zeitung vom 5.9.2002.

³ Zitat nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 24.10.2003; am 21.8.2003 erschien ein ähnlicher Artikel in der FAZ, damals verfasst von Karl Feldmeyer.

⁴ Zitiert bei Frédéric Clairmont, endlose Profite, endlose Welt, in: Le Monde Diplomatique, April 1997 (dtsh. Ausgabe).

⁵ Alle Angaben zur Macht der großen Konzerne wurden berechnet nach dem US-Wirtschaftsblatt Fortune und der dort wiedergegebenen jährlichen Liste der größten Unternehmen der Welt. Hier nach der

Ausgabe vom Juni 2000. Die Berechnungen hier und im folgenden finden sich detailliert bei: Winfried Wolf, Fusionsfieber - Das große Fressen, Köln 2000, dort vor allem S.49ff.

⁶ Ausführlich dazu: Winfried Wolf, Sturzflug in die Krise. Die Weltwirtschaft. Das Öl. Der Krieg, Hamburg 2003. Zu den Weltmarktanteilen vgl. dort S. 57. Seit 2001 erleben wir erneut einen umgekehrten Prozess; 2003 wurde die BRD erneut Export-Weltmeister – vor den USA und Japan.

⁷ R. Luxemburg, Die Akkumulation des Kapitals, Berlin 1913, S.442.

⁸ Zu den US-amerikanischen Rüstungsausgaben vgl. Winfried Wolf, Afghanistan, der Krieg und die neue Weltordnung, Hamburg 2002, S.79ff, und Winfried Wolf, Sturzflug..., a.a.O., S.66ff.

⁹ Vgl. dazu meine aktuelle Analyse im LabourNet zur internationalen Konjunktur, November 2003

¹⁰ FAZ vom 14.11.2003.

¹¹ OMGUS-Report – Ermittlungen gegen die Deutsche Bank 1946/47, neu herausgegeben Nördlingen 1985.

¹² In: Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., S.181.

¹³ In: Wolf, Fusionsfieber, a.a.O., S.173.

¹⁴ In einer Denkschrift des Auswärtigen Amtes vom 9.9.1943 wurde für die Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg das „Ziel einer europäischen Zollunion und eines freien europäischen Marktes, fester europäischer Währungsverhältnisse mit dem späteren Ziel einer europäischen Währungsunion“ ausgegeben. Wiedergegeben in: R. Opitz, Europastrategien des deutschen Kapitals, Bonn 1994, S.965.

¹⁵ Bae erwarb 1999 das Rüstungsunternehmen Marconi und erzielt seither den größten Teil seines Umsatzes mit Rüstungsaufträgen aus dem Pentagon. Die britisch-US-amerikanische Waffenbruderschaft z.B. im Irak-Krieg 2003 hat diesen materiellen Hintergrund.

¹⁶ Dass dabei HDW und MTU bei einem US-amerikanischen Investmenthaus „zwischengeparkt“ werden, wird sich als Manöver zur Irreführung der Öffentlichkeit erweisen. Letzten Endes kommt zu „europäischen Lösungen“. Beispielsweise erklärte der MTU-Chef Klaus Steffens nach dem Verkauf von MTU an Kravis, Roberts & Co (KKR): „Damit befindet sich MTU in einer sehr guten Ausgangsposition für eine europäische Konsolidierung“.

¹⁷ In: Financial Times Deutschland vom 13.2.2004.

Dr. Winfried Wolf ist Ex-MdB und Mitherausgeber der Zeitung gegen den Krieg

Kongo: Die unendliche Geschichte westlicher Ausbeutung

von *Christoph Marischka*

Der Anfang vom Ende.

Die ersten Europäer, die den Fluss Congo „entdeckten“ waren 1483 Portugiesen. Sie trafen auf ein großes, lose organisiertes Königreich, dessen König sich bald taufen ließ. Wenig später begann der Sklavenhandel. Da es für die Europäer selbst zu aufwendig und gefährlich war, im Landesinneren auf Menschenjagd zu gehen, bezahlten sie afrikanische „Mittelsmänner“ vor allem mit Waffen und Alkohol für Gefangene, die als Sklaven hauptsächlich auf den amerikanischen Kontinent verschifft wurden. Die selben Schiffe brachten dann amerikanische Kolonialwaren nach Europa und luden dort wieder Alkohol und Waffen, um damit die für die Sklaven in Afrika zu bezahlen. Ein einträgliches Geschäft für die Pioniere des Welthandels, eine Katastrophe für Afrika: Nach wenigen Jahren haben die „modern“ bewaffneten Menschenhändler und der große Verlust von arbeitsfähigen jungen Männern das Königreich Bakongo wie viele andere Gesellschaftsformationen in Afrika zerstört. Dafür war aus den Mittelsmännern der europäischen Händler eine wahrlich abscheuliche Elite entstanden. Im Laufe des 19. Jhds. hatten sich die europäischen Systeme von Monarchien zu sog. Demokratien transformiert, der Kapitalismus löste den Merkantilismus ab und der interkontinentale Sklavenhandel wurde abgeschafft. Stattdessen war ja nun auch die Lohnarbeit erfunden worden. Am Congo änderte sich für die Menschen dadurch aber wenig zum Guten. Die Mittelsmänner ließen sich statt Sklaven Kautschuk liefern und verkauften es an die Europäer. 1885 wurde das Gebiet der heutigen Demokratischen Republik Kongo (DRC) auf der Berliner Kongo-Konferenz durch geschicktes Taktieren des belgischen Königs Leopold II zu seinem Privatbesitz, den er ab 1908 auf internationalen Druck – seine rücksichtslose Ausbeutung ging selbst einigen anderen Kolonialmächten zu weit – dem belgischen Parlament vermachte.

So wurde das Gebiet zur einzigen Kolonie Belgiens und fortan etwas weniger brutal ausgebeutet, statt der Zwangsarbeit wurde ein Steuersystem eingeführt – welches die Menschen zur Arbeit zwang. Zwar versuchte Belgien relativ flächendeckend Grundschulbildung zu gewährleisten, verhinderte aber konsequent eine Elitenbildung und verwehrte den Kongolese jeglichen Zugang

zu administrativen Posten. Während andere Kolonialmächte immerhin gewisse Konzepte und Vorbereitungen zur angesichts des wachsenden Widerstandes notwendigen Dekolonialisierung (oder besser: anderen Kolonialisierung) getroffen haben, handelte Belgien völlig überstürzt.

Staatsbildung

Das Gebiet, welches sich Leopold II als Freistaat Kongo angeeignet hatte war riesig. Es umfasst die sechsfache Fläche der BRD und ist etwa zur Hälfte mit Regenwald bewachsen, die übrige Fläche ist gut zur Landwirtschaft geeignet. Dürre betrifft nur in extremen Jahren kleinere Landstriche. Der Fluss Congo durchzieht mit seinen Nebenflüssen fast das ganze Land und bietet damit nicht nur gute Transportwege sondern könnte mit seiner Wasserkraft die gesamte Region mit Energie versorgen. Zusätzlich wurden auf diesem Gebiet zahlreiche Rohstoffe gefunden, Kupfer und Zinn, Diamanten, Gold und Silber, Uran, Coltan und neuerdings auch noch Öl. Dieser potentielle Reichtum und verschiedene Zufälligkeiten während Stanleys Expeditionen sind allerdings die einzige Grundlage für die Grenzziehung auf der Kongo-Konferenz. Die Bevölkerung ist sehr ungleichmäßig verteilt, spricht 250 verschiedene Dialekte und setzt sich aus eben so vielen Ethnien zusammen. Die Probleme, welche eine bloße Kopie des europäischen, nationalstaatlichen Herrschaftssystems als Ordnungsprinzip für die zukünftige „Demokratische Republik Kongo“ (DRC) mit sich brachten waren absehbar: Der paternalistische Kolonialismus führte zur „Lähmung und Verkrümmung politischer Eigendynamik und die Zerstörung der althergebrachten sozialen Netze selbstgenügsamer bäuerlicher Gesellschaften.“¹ Die Amtssprache Französisch verstand nur eine kleine Minderheit, die faktische Völkerwanderung war unvereinbar mit Staatsgrenzen und Staatsbürgerschaft, es existierte keine wirtschaftlich privilegierte „Mehrheitsgesellschaft“, die sich in einem Schaukampf zwischen zwei oder mehr „Volksparteien“ entscheiden könnte. Die Staatenbildung, die in Europa über Jahrhunderte durchgesetzt wurde, verlief in der DCR innerhalb weniger Monate. Im Januar 1960 wurde von Belgien die „Unabhängigkeit“ der DCR bis Mitte des Jahres beschlossen. Erst wenige

Monate zuvor hatten sich viele regionale Parteien gebildet, aber bis zu den Wahlen am 25.5.1960 gab es nur eine Partei, die beanspruchte, die gesamte DRC zu vertreten: Die MNC des Patrice E. Lumumba, der dementsprechend die meisten Stimmen auf sich vereinigen konnte. Die Regierung musste er mit seinem Hauptkonkurrenten Joseph Kasavubu bilden. Fünf Tage nach der offiziellen Unabhängigkeit am 30. Juni 1960 brachen die „Kongo-Wirren“ aus: afrikanische Soldaten wollten sich nicht mehr von den nahezu ausschließlich belgischen Offizieren befehlen lassen und revoltierten, die rohstoffreichen Regionen erklärten sich unabhängig, wenige Menschen identifizierten sich mit der Regierung und der Nation. Belgien und die USA nutzten diese Gelegenheit um wieder Truppen im Land zu stationieren. Mit ihrer Unterstützung wurde Lumumba ermordet und der Militärdiktator Mobutu putschte sich an die Macht. Er blieb dort die folgenden 37 Jahre – als antikommunistisches Bollwerk in Afrika unterstützt vom gesamten Westen.

Selbst finanzierender Krieg ohne Ende

1996 begann Laurent-Désiré Kabila, der Vater des heute regierenden Joseph Kabila, einen weiteren Aufstand und marschierte mit seinen Truppen der AFDL nach Kinshasa. Diesmal wurde er maßgeblich von Uganda und Ruanda unterstützt, Mobutu hatte zugleich seine Funktion für den Westen verloren und so übernahm L.-D. Kabila im Mai 1997 die Macht in Kinshasa. Mobutu und seine heute wieder an der Übergangsregierung beteiligte Clique hatten das Land niedergewirtschaftet und ausgebeutet. Auch während der Herrschaft Mobutus profitierte nur eine kleine Elite, die aber gewaltig, von den natürlichen Reichtümern der DRC (zwischenzeitlich: Zaire). Aber auch seine militärischen Gegner, Ruanda, Uganda, sowie die AFDL Kabilas haben während des (Bürger-)Krieges gute Geschäfte mit der Plünderung der Ressourcen in besetzten Gebieten gemacht. Der Krieg hat sich selbst finanziert, eine Demokratisierung brachte er nicht mit sich. So verwundert es nicht, dass Ruanda und Uganda bereits im nächsten Jahr wieder Rebellen gegen Kabila unterstützten und selbst Truppen gegen ihn entsandten, um den Norden der DRC einzunehmen. Zimbabwe, Namibia und Angola unterstützen Kabila im Süden. Dazu agieren viele weitere Militärorganisationen auf dem Territorium der DRC. Sogenannte „Rebellenbewegungen“ aus den angrenzenden Staaten, die für das Massaker 1994 in Ruanda verantwortlichen Milizen, regionale Widerstandsarmeen und Abspaltungen der offiziellen

Armee. Ihre Allianzen wechseln noch häufiger als ihre Zielsetzung und ethnische Konstituierung. Aber alle sind erstaunlich ähnlich strukturiert: Nach dem Prinzip der Kriegsökonomie. Die Führer der Rebellen, Armeen, Regime, eine kleine Elite, macht Unsummen mit den Rohstoffen der von ihren Truppen besetzten Region. Während Zimbabwe und Uganda ihr Militär in der DRC noch über offizielle Militäretats, die aber wiederum von im Kongo aktiven Minengesellschaften und Exporteuren finanziert werden geringfügig bezahlt, nehmen andere Armeen Zwangsrekrutierungen vor, bezahlen keinen Sold, aber von jeder erbeuteten Ware darf ein Anteil behalten werden.

Die „Warlords“ verkaufen, oft über legale Firmen und Banken, deren Eigentümer sie sind, die erbeuteten Rohstoffe und Waren. Aus einem Teil ihres Erlöses finanzieren sie ihre Armeen. Oft sind es die gleichen Flugzeuge, welche Waffen bringen und Coltan² in den Norden fliegen. Die „Konzern“, das internationale Finanzkapital, verdient daran sozusagen doppelt: Es kann die Preise praktisch bestimmen, zu denen es Rohstoffe einkauft, notfalls werden sie unter Zwangsarbeit abgebaut. Bezahlt wird mit Waffen für die Soldaten und Luxusgütern für deren Herrn. Es fließen keine Devisen für den Aufbau von Zivilgesellschaft und Infrastruktur ins Land. Eine friedliche DRC hätte ein quasi-Monopol auf Coltan, der Regenwald könnte nicht derart ausgebeutet werden, die arbeitenden Menschen könnten Forderungen stellen, am Reichtum teilhaben. Der Krieg behindert den Fluss der Reichtümer nicht, sie sind das Öl von dem er zehrt. Die Menschen, unter deren Füßen die Reichtümer liegen, die sie herstellen, werden mit dem Elend des Krieges überzogen, an den Schnittstellen zu den verarbeitenden Firmen - und in diesen selbst - streicht sich eine wahrlich widerliche, militaristische Elite mit Einverständnis der eigentlichen Profiteure im Norden enorme Summen ein.

Ein Friedensprozess ohne Frieden.

Die UN- Expertenkommission³ unterscheidet während des aktuellen Krieges zwei Phasen der Ausbeutung der DRC. Die erste wird mit „Massenplünderung“ (mass-scale-looting), die zweite als „Systematische Ausbeutung“ (systematic and systemic exploitation) bezeichnet. In der Anfangsphase plünderten die einfallenden und lokal agierenden Armeen schlichtweg alles, was ihnen in die Hände fiel. Wurde eine Stadt eingenommen, so wurden die dortigen Banken, Farmen, Fabriken, Minen und Lagerstätten ausgeräumt und die Beute ent-

weder ins Heimatland gebracht und von dort exportiert, oder direkt vor Ort an internationale Konzerne verkauft. Doch die Plünderungen beschränkten sich nicht auf Waren und Rohstoffe: Oft werden Kinder zwangsrekrutiert, also verschleppt und zu Soldaten gemacht, es kommt regelmäßig zu Massenvergewaltigungen. Es liegt praktisch auf der Hand, dass ein solches Szenario zu einer Militarisierung der Gesellschaft führt, dass sich die Bauern Waffen besorgen oder, wenn ihre Habe vernichtet wurde, sich selbst einer Miliz anschließen um zu überleben.

Nach einem Jahr wurde im Juli 1998 in Lusaka das erste Waffenstillstandsabkommen zwischen der DRC, Angola, Namibia, Simbabwe, Uganda und Ruanda geschlossen, die Kämpfe gingen aber weiter. Zu diesem Zeitpunkt wird aber von der wahllosen Plünderung zur systematischen Ausbeutung übergegangen. Die DRC ist in mehrere Herrschaftsgebiete zerfallen. Minenunternehmen der am Konflikt beteiligten Staaten werden kontinuierlich in den von ihren Armeen besetzten Gebieten aktiv, die Transport- und Handelswege sowie das Bankwesen war mittlerweile organisiert. Die Firmen, welche die Ausbeutung und den Abtransport der Rohstoffe bis zu deren Verkauf an die Konzerne des Nordens übernehmen sind meist offizieller, manchmal auch inoffizielles Eigentum der involvierten Regierungen, der Warlords oder gleich Tochterfirmen der Militärs.

Am 16. Januar 2001 wurde der seit seinem Sieg über Mobutu in der Hauptstadt Kinshasa herrschende L.-D. Kabila unter bis heute nicht aufgeklärten Umständen ermordet. Die Herrschaft übernimmt sein Sohn Joseph Kabila, der bis dahin Kommandeur der offiziellen kongolesischen Armee (FAC) war. Ihm wurden zunächst geringe Chancen zugerechnet, dauerhaft Präsident zu bleiben. Den Grossteil seines Lebens verbrachte er im Exil und er sprach zum Zeitpunkt seiner Machtergreifung keine der offiziellen Landessprachen. Dafür versteht er den Umgang auf dem Internationalen Parkett. Bereits am Tag nach der Ermordung seines Vaters empfing er die wichtigsten westlichen Botschafter, welche ihm die Unterstützung seiner Präsidentschaft zusagten. Seit dem herrscht er dank der Unterstützung Zimbabwes über Kinshasa und den Süden des Kongo, dessen Bodenschätze größtenteils von der Firma Opération Sovereign Legitimacy (OS-LEG), einer Tochterfirma der zimbabwischen Armee abgebaut werden.⁴ Im Norden gilt der junge Kabila als Hoffnungsträger, und tatsächlich sind unter seiner Führung mehrere Friedensabkommen zu Stande gekommen, die aber meist

nur die diplomatischen und militärischen Verhältnisse widerspiegeln und mehrfach daran scheiterten, dass Kabila an seiner Präsidentschaft festhielt. Immerhin zogen sich nach dem Abkommen von Pretoria im Herbst 2002 die Armeen von Ruanda, Zimbabwe und Angola größtenteils aus der DRC zurück und im Dezember einigte man sich auf die Bildung einer Allparteienregierung, welche Wahlen vorbereiten soll. Diese Verfassung trat im April 2003 in Kraft und stellt dem Präsidenten vier Vizepräsidenten zur Seite - die alle als Kriegsverbrecher zu bezeichnen sind. Jimmy Kenga von der zivilen Oppositions-Partei UDPS meint dazu: „Die 36 bestehenden Minister der Übergangsregierung stammen aus der alten Regierung Kabilas (selbst ehemalige AFDL-Rebellen), aus den beiden großen Rebellenfraktionen RCD-Goma und MLC, aus den kleinen Rebellengruppen RCD-N und Mai-Mai Kämpfern. Die großen und bekannten demokratischen Parteien Kongos wie die sozialdemokratische Partei UDPS, die PALU, die PDSC oder MNC/L wurden durch Machenschaften aus der Übergangsregierung ausgeschlossen. Die für die gewaltlose Opposition vorgesehenen Ministerämter wurden von Scheinparteien besetzt. Die Autorität dieser Regierung steht daher auf wackligen Füßen. Es liegt eine unheilverheißende Botschaft in der Tatsache, dass diejenigen, die Waffen getragen haben, bei der Machtteilung belohnt wurden. Dagegen wurden diejenigen, die seit mehr als 20 Jahren gewaltlos für Freiheit, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit kämpfen, schlichtweg ignoriert. Viele Afrikanerinnen und Afrikaner fragen sich zu Recht, ob die EU-Länder und die USA wirklich die Entstehung eines Rechtsstaats im Kongo-Kinshasa sehen wollen.“

Die erwähnten Gruppen haben die DRC unter sich aufgeteilt: Die (Ex-)Regierung in Kinshasa kontrolliert den Süden und Südwesten, die MLC den Nordwesten, die RCD-Goma den mittleren Osten RCD-ML, Mai-Mai und Interahamwe kämpfen im Nordosten um die rohstoffreiche Provinz Ituri. Dieser Status Quo, sowie die Anwesenheit der UN-Truppen haben zwar die Häufigkeit von größeren bewaffneten Zusammenstößen verringert, aber nichts an der Herrschaft der Militärs geändert. Bis heute gibt es Berichte von Zwangsrekrutierungen, Massenvergewaltigungen, Plünderungen und Massakern. Der Unterschied ist vor allem, dass sich die Führer der Armeen gelegentlich in Kinshasa treffen und sich über die Aufteilung der Gebiete einig zu sein scheinen. So ist die Ausbeutung in eine dritte Phase relativer Stabilität übergegangen die durch einen

ebenso stabilen Konflikt dafür sorgt, dass die Bevölkerung keine Forderungen stellen kann, die nutznießenden Militärs vor Strafe sicher sein können, internationale Konzerne maßlos plündern können und die kongolesischen Verantwortlichen ab und zu die Hände westlicher Politiker schütteln können.

Fehlwahrnehmungen im Norden.

Besonders tragisch am andauernden Konflikt in der DRC ist dessen Wahrnehmung in den kapitalistischen Metropolen: Die Verantwortung, die zweifellos in deren kolonialen und kapitalistischen Praktiken liegt, wird mit Rückgriff auf rassistische Ressentiments (welche sich dadurch natürlich reproduzieren) auf die Menschen in Afrika abgeschoben. Von „Ethnischen Konflikten“ und „Afrikanischen Stammesfehden“ ist da die Rede, in Wahrheit dokumentiert der Konflikt einen mit Waffen ausgetragenen Kapitalismus. Sicherlich konstituieren sich einige der Parteien auf den ersten Blick ethnisch, bei näherer Betrachtung lassen sich aber beispielsweise die Konfrontationen zwischen Hema und Lendu, sowie zwischen Hutu und Tutsi ebenso als Klassenkonflikte beschreiben. Auch ethnische Diskriminierung ist nämlich ein Export aus Europa. So wie die Tutsis in Ruanda gegenüber den Hutu die von der Kolonialmacht privilegierte Klasse war, so wurden die Hema von Belgien gegenüber den Lendu bevorzugt. Die Aufteilung in Banyamulenge und Banyaruanda kam nur dadurch zu Stande, dass sich plötzlich nationalstaatliche Grenzen zwischen Völkern schoben, die traditionell gewandert sind. Andere Ethnien sind während der Kolonialzeit rein virtuell entstanden, indem Sklavenhändler Sklaven anboten, die angeblich dieser und jener

Rasse angehörten und sich deshalb scheinbar besonders gut für bestimmte Tätigkeiten eigneten.⁵ Wie oberflächlich diese Trennlinien sind, zeigt bereits die Tatsache, dass sich die wahrgenommene Zugehörigkeiten im Laufe des Konflikts verschieben. „Waren es am Anfang die Banyaruanda als gemeinsame Ethnie, die politisch benachteiligt wurde, so entwickelte sich seit Ende der achtziger Jahre ein Bewußtsein des Hutu oder Tutsi-Seins heraus.“⁶ Und was sich verschieben kann sich auch aufheben.

Allerdings wird die ethnische Wahrnehmung des Konflikts von den Politikern und Medien der ehemaligen Kolonialmächte bewusst forciert. Nicht nur, um die eigene Verantwortung zu kaschieren, sondern auch um die modernisierte Fortsetzung kolonialer Praktiken und aktuelle Macht- und Militärpolitik der Weltöffentlichkeit als „humanitäre Einsätze“ zu verkaufen. Weiße Soldaten aus dem Norden müssen den Wilden den Frieden bringen. Nachdem in Europa Millionen Menschen unter dem Motto „kein Krieg für Öl“ gegen den Irak-Krieg auf die Straßen gingen zeigte die Kampagne „Kein Blut für Coltan“ gegen den ersten Militäreinsatz der EU im Kongo eine eher verschwindende Wirkung. Die Regierungen in Berlin und Paris sprachen sich vordergründig gegen den Irak-Krieg aus und es war von einer Friedensmacht Europa die Rede. Eben diesen Regierungen gelang es, ihren Einsatz im Kongo als Friedenseinsatz darzustellen. In Wahrheit ging es aber mal wieder nur um die eigenen Interessen: Die EU als militärischen Akteur ins Spiel zu bringen⁷ und für künftige Kriege fit zu machen und seinen Einfluss in den rohstoffreichen ehemaligen Kolonien zu sichern während die USA im Irak beschäftigt sind. Die Zivil-



bevölkerung profitierte davon kaum. Zwar herrschte in der zuvor umkämpften Stadt Bunia während des dreimonatigen Einsatz der EU im Sommer letzten Jahres etwas mehr Ruhe, aber die Truppen, die sich aus der Stadt zurückzogen machten dafür das Umland unsicher. In erster Linie war ein neuer militärischer Akteur auf dem Schlachtfeld aufgetreten. Dass es nie wirklich darum ging, die Verhältnisse nachhaltig zu verbessern, zeigt allein schon die Tatsache, dass die beteiligten EU-Staaten kein Interesse daran hatten, mit der NATO zu kooperieren oder den parallel stattfindenden UN-Einsatz aufzustocken. Es besteht auch gar kein Interesse daran, die Bevölkerung auf ihrem Weg zu Frieden und Partizipation zu unterstützen, denn eigentlich profitiert Europa vom status quo.

Wie schon zu den Zeiten des klassischen Kolonialismus fließen Ströme von Reichtümern in die kapitalistischen Metropolen. Die kapitalistische Globalisierung und die in ihr gespiegelte globale Zunahme von Machtungleichgewichten beschleunigen und intensivieren lediglich diesen Prozess. Profitieren tun nicht nur die Konsumenten in denjenigen Staaten, denen es gelungen ist ihre Ordnungsprinzipien – Kapitalismus, Nationalstaat und Lohnarbeit – weltweit durchzusetzen und die restliche Welt zu unterwerfen. Handys, Laptops, Luxusgüter wie Diamanten, Elfenbein und Möbel aus Tropenholz sind hier deshalb erschwinglich, weil sie bzw. ihre Rohstoffe unter menschenunwürdigen Bedingungen abgebaut werden und in den Kriegsökonomien immer nur die gleichen begünstigt. Konzerne, die Rohstoffe aus der DRC exportieren und das verarbeitende Gewerbe streichen sich nicht nur enorme Profite ein sondern treiben durch diese Ausbeutung auch einen Hyperkapitalismus voran, der hier vom Konsum überflüssiger Güter lebt und die Konsumenten bei jeder Gelegenheit dazu zwingen will, altes wegzwerfen und neues zu kaufen. Die gegenwärtige Verschwendung und Ausbeutung natürlicher Ressourcen ist in diesem Maße nur möglich, da eben diese Ressourcen nicht unter - wie auch immer gearteten – fairen Bedingungen abgebaut und hergestellt werden.

Dabei konkurrieren die Staaten der sog. „Ersten Welt“ als Standorte und sichere Häfen um die so gewonnenen Profite. Nachdem etwa der o.g. UN-Bericht die Kriegsökonomie und illegale Praktiken europäischer Firmen als Grund für das Anhalten des gegenwärtigen Bürgerkrieges bezeichnete, wurde gegen diese, namentlich genannten Firmen nicht einmal ermittelt und als Bush sich Anfang November eine halbe Stunde Zeit nahm, den jungen Kabila

zu empfangen, handelte er für den Republikanern nahestehende Firmen lukrative Verträge aus, unter anderem das Exportrecht für 88% der von der kongolesischen staatlichen Minengesellschaft Miba geförderten Diamanten.⁸

Perspektiven

Die Geschichte der DRC zeigt zunächst, wozu Kapitalismus führt, wenn er sich ungebremst entfalten kann und militärisch flankiert wird. Sie zeigt zugleich, dass Kapitalismus militärisch durchgesetzt wurde und keine Zwangsläufigkeit darstellt. Bereits auf den ersten kolonialen Expeditionen waren Soldaten und Händler gemeinsam unterwegs. Was damals Zivilisierung und Missionierung war sind heute humanitäre Einsätze. Die kolonialen Staaten ermöglichten ihrem Kapital stets die Ausdehnung und Unterwerfung neuer Gebiete, politisch und militärisch. Nun, wo der Kapitalismus sich Global ausgedehnt hat, territorial an seine vorerst letzte Schranke gestoßen ist, werden in seiner neuen, modernisierten Form dem Neoliberalismus- neue soziale Räume erschlossen, die bisher verschont wurden. Den Bedeutungsverlust, der den Staaten durch den Rückzug aus den sozialen Bereichen und der Grundversorgung droht, versuchen sie durch Mondflüge, verschärfte Repression und verstärktes militärisches Engagement zu kompensieren. In einer Zeit, in der auch in den kapitalistischen Metropolen den Menschen ihre soziale Sicherheit entrissen wird, wird eben unter dem Schlagwort „Sicherheit“ eine neokoloniale Außenpolitik betrieben bei der die globale militärische Konkurrenz ebenso zunimmt, wie die wirtschaftliche Rivalität unter den Menschen. Deshalb sollte sowohl der in Europa stattfindende Sozialabbau als auch der Blick auf Zentralafrika, wo der Kapitalismus seit Generationen nur Zerstörung anrichtet, auch als warnende Vision einer globalen Zukunft dazu anregen, das Kapitalistische Wirtschafts- und Gesellschaftssystem in Frage zu stellen. Seinem Prinzip der Konkurrenz des Gegeneinander ist das Soziale, das Miteinander entgegenzustellen.

Des Weiteren stellt sich bei der Betrachtung der DRC die Frage, ob der (demokratische) Nationalstaat, wie er in Europa entstand und mittlerweile nominell die ganze Welt unterteilt wirklich das einzig denkbare und wünschenswerte Herrschaftsprinzip ist. In vielen Ländern Afrikas und anderen ehemaligen Kolonien versagt er kontinuierlich. Die europäischen Eroberer stießen auf eine Vielzahl unterschiedlicher Gesellschaftsformationen,⁹ die sie zerstörten um marode Nationalstaaten zu hinter-

lassen, welche ganze Regionen nachhaltig destabilisierten. Die ungleiche Verteilung gesellschaftlicher Reichtümer ist immer ein Indiz für disfunktionale Demokratie und Mangelnde Partizipation der Bevölkerung. Könnte sie Ansprüche geltend machen, würde sie diese ungleiche Verteilung nicht zulassen, das gilt für die DRC wie für die BRD. Das führt auch zu einer konkreten Forderung hinsichtlich der DRC: Die Bevölkerung muss zu Wort kommen, die Möglichkeit bekommen, sich anzueignen, was ihr zusteht und über die Art, wie sie ihr Zusammenleben organisieren will selbst entscheiden. Die UN und die Regierungen sollten aufhören, für Kriegsverbrecher den roten Teppich auszurollen und die unterstützen, die sich dem Militarismus seit Jahrzehnten entziehen. Einige kirchliche Gruppen wie Pax Christi leisten hier gute und kontinuierliche Arbeit.

Eine wichtige Voraussetzung für das Anhalten des Konfliktes ist der nicht versiegende Strom von Waffen. Hier gibt es zwei-erlei Möglichkeiten: Entweder man schickt Unmengen Militär in die DRC, um den Import von Waffen zu behindern, oder man greift die Waffenindustrie insgesamt an. Zweiteres macht natürlich deutlich mehr Sinn. In einer Zeit globaler Aufrüstung geht es dieser Industrie gut, und die Staaten des Nordens verschaffen der Rüstungsindustrie die nötige Planungssicherheit um für viel Geld Waffen herzustellen. Schluss damit, niemand braucht diese zerstörerische Industrie. Das Geld, das damit gespart wird, kann in ziviles Konfliktmanagement und den Aufbau sozialer und technischer Infrastruktur investiert werden.

Wenn Frieden in die DRC einkehrt, so darf die internationale Gemeinschaft nicht wieder den immer selben Fehler machen und diese neue Ökonomie zu Privatisierung und Öffnung ihrer Märkte zwingen. Die Reichtümer müssen der Bevölkerung zukommen, nicht dem Ausland, sonst wird die Armut anhalten und der Krieg weitergehen. Wir müssen uns zugleich dafür einsetzen, ein neues Licht auf den Kongo zu werfen. Erstens führt die ständige Darstellung als ethnischer Konflikt dazu, dass dieser tatsächlich ethnisch aufgeladen wird, zweitens blendet die Verbannung der afrikanischen Konflikten aus den Medientexten die zerstörerische Wirkung des Kapitalismus und unseres Konsumentenverhaltens aus. Wir werden zu Instrumenten dieser zerstörerischen Maschine gemacht, indem wir Geld für Produkte zahlen, die diesen Kreislauf am leben und den Konflikt am lodern halten. Hier setzt auch eine alltägliche Handlungsoption an: zumindest die Firmen von denen eine Verwicklung in

den Konflikt bekannt ist, müssen boykottiert werden.¹⁰ In Belgien wurde die Fluglinie Sabena boykottiert und hat daraufhin ihre Transportflüge in und aus dem Kongo eingestellt. In Deutschland behauptet die Bayer-Tochter H.C. Starck als weltweiter Marktführer aus dem Coltan-Handel mit der DRC ausgestiegen zu sein, seit kapitalismuskritische und christliche Gruppen diesen Handel anprangerten. Wir können etwas verändern!

Anmerkungen

¹ Ansprenger, Franz: „Geschichte Afrikas“, C.H. Beck, München 2002

² Coltan steht kurz für Columbo-Tantalit, ein sehr seltenes Mineral, welches die Elemente Niob und Tantal erhält. Beide sind extrem geeignet und nahezu unersetzbar zur Herstellung kleinster Kondensatoren, wie sie für Handys und Laptops in letzter Zeit in großen Mengen benötigt werden. Das Pentagon stuft das schwarze Pulver, welches es in der DRC in Massen gibt als „Strategischen Rohstoff“ ein. Näheres: Kongo-Info Nr.1, herausgegeben von Pax Christi und Dialog International e.V.

³ Im Juni 2000 setzte UN-Generalsekretär Annan eine Expertenkommission ein, welche die illegale Ausbeutung von Rohstoffen und anderen Reichtümern in der DRC untersuchen sollte. Diese Kommission verfasste vier Berichte, die sich sehr kritisch mit der Situation in der DRC auseinandersetzen und die Verflechtungen internationaler Konzerne und Regierungen mit dem Konflikt aufzeigen. Sie stellen wohl die ausführlichsten Dokumente zum Kongo-Konflikt dar und sind im Internet auf englisch zu finden. (Report of the panel of experts on the illegal exploitation of natural resources and other forms of wealth of the DRC) Der letzte Teil des letzten Berichts wurde wegen seiner Brisanz nicht veröffentlicht.

⁴ Dialog International Nrn. 172/173

⁵ Ansprenger, Franz: „Geschichte Afrikas“, C.H. Beck, München 2002

⁶ <http://www.rnz.uni-hamburg.de/Konflikt-Afrika/KK-DA-KongoL-EthnZ.word.doc>

⁷ Die französische Verteidigungsministerin Michèle Alliot-Marie bezeichnete die Mission „Artemis“ (Jagdgöttin!) als „Geburtsstunde der europäischen Sicherheitspolitik“

⁸ Dominic Johnson: „Buschkrieger rücken auf Bush vor“ in taz, 4.11.2003 S.11

⁹ Hunger und Elend liegen nicht in der Natur von Afrika. Basil Davidson beschreibt die Kultur in Afrika um 1400 n. Chr. als reife Eisenzeit: „Diese Gesellschaften hatten die für ihr Fortbestehen wesentlichen technischen und ideologischen Probleme gelöst und in einer nach 1000 n. Chr. zunehmenden Entwicklung konnten sie neue Kraft und sogar einen gewissen Überfluss erreichen...“ Ansprenger 2002, S.43

¹⁰ Als deutsche Firmen werden von der EU-Expertenkommission u.a. Issa, Christoph Floss, Geologitics Hannover, Masingiro und Union Transport genannt.

Christoph Marischka ist IMI-Beirat

Das militarisierte KernEUropa kommt

EU-Verfassung gescheitert - EU-Militärstrategie verabschiedet - Chance für die Kampagne gegen diese EU-Verfassung

von Tobias Pflüger

Bei ihrem Gipfel in Rom konnten sich die Regierungschefs der Europäischen Union (EU) nicht auf den vorliegenden Verfassungsentwurf einigen. Hauptstreitpunkt war die Stimmengewichtung innerhalb der EU. In den ersten Stellungnahmen Verantwortlicher und in der Medienberichterstattung in Deutschland wurde scheinbar einhellig das Geschehen in Rom als „Scheitern des EU-Gipfels“ bezeichnet, an dem im wesentlichen die polnische aber auch die spanische Regierung schuld sei, weil sie „unrealistische Forderungen“ gestellt hätten. „Die Polen müssen noch lernen, dass man aus der nationalen Ecke auch wieder rauskommen muss“, so der deutsche Diplomat Dietrich von Kyaw. Da blitzten alte Ressentiments auf Regierungsebene kurz wieder auf. Die Forderungen der polnischen und spanischen Regierung waren im übrigen die, die Stimmengewichtung wie beim EU-Gipfel in Nizza zu belassen. Das ZDF beschreibt die Konstellation: „Nach dem Vorschlag des Verfassungskonvents sollen ab 2009 die meisten Entscheidungen im Ministerrat mit einer „doppelten Mehrheit“ gefällt werden: Mindestens 13 Regierungen, die mindestens 60 Prozent der Bevölkerung repräsentieren, müssen für einen Beschluss sein. Entscheidungen würden deutlich erleichtert, eine breite Basis ist für diese Änderung. Polen und Spanien sind dagegen, die Stimmrechte an der Bevölkerungsgröße auszurichten, da sie im Vergleich zum Nizza-Vertrag deutlich an Gewicht im Ministerrat verlören. Umgekehrt würde Deutschland als bevölkerungsreichstes Land deutlich an Macht gewinnen, deswegen wollten die „Großen“ nicht von der Verfassungsänderung abweichen.“ (ZDF, 13.12.2003).

„Deutsche Ellenbogendiplomatie“ für das Kerneuropakonzept?

Deshalb ist die Lesart des EU-Gipfels, dass Polen und Spanien verantwortlich für das Nichtverabschieden der geplanten EU-Verfassung seien, wahrscheinlich eine, die für die Öffentlichkeit bestimmt war. Der entscheidende Unterschied zwischen Nizza und Rom: In Nizza agierten deutsche und französische Regierung getrennt, in Rom

gemeinsam. Vielleicht waren die deutsche und die französische Regierung gar nicht so unfroh über das Scheitern des EU-Gipfels. In der „Neuen Züricher Zeitung“ (NZZ) wird in einem längeren Kommentar nebenbei auch ein ähnlicher Verdacht geäußert: „Dass Chirac und Schröder in Brüssel mit Absicht den Karren an die Wand fahren ließen, um das Terrain zur Wiederbelebung der alten Idee eines «Kerneuropa» vorzubereiten, ist möglich“ (NZZ, 15.12.2003). Klaus-Dieter Frankenberger erkennt in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ (FAZ) vorsichtig ähnliches: „Tatsächlich stimmt die Schnelligkeit misstrauisch, in der das Kerneuropa-Konzept aus der Tasche geholt worden ist - ganz so, als habe man das Brüsseler Scheitern nicht ohne Hintergedanken in Kauf genommen“ (FAZ, 16.12.2003). Einzig Wolfgang Münchau in der „Financial Times Deutschland“ spricht das aus, was sonst niemand der Kommentatoren direkt wagen zu sagen: „Ohne die deutsche Ellenbogendiplomatie in der Debatte um den Stabilitätspakt und die ständigen Drohungen mit Kerneuropa hätte man mit Polen und Spaniern noch einen Kompromiss erarbeiten können.“ (FTD, 16.12.2003)

Das militärische Kerneuropa kommt - die deutsch-französische Achse wurde wiederbelebt

Ob nun beabsichtigt oder nicht, die geplante EU-Verfassung ist - vorläufig - nicht verabschiedet. Stattdessen werden offen Forderungen nach einem „Kerneuropa“ aufgestellt. Die französische Europaministerin Noëlle Lenoir beeilte sich mitzuteilen, dass es nach der vorläufigen Nichtverabschiedung der EU-Verfassung „keinen „Plan B“ für die EU“ gebe. Und weiter: Das deutsch-französische Paar werde „Europa nicht ersetzen, aber einige EU-Staaten sollten „als Vorhut“ bei der europäischen Integration schneller vorankommen können als andere.

Der französische Außenminister Dominique de Villepin benennt schon konkrete Ziele: „Der Weg, den wir in den kommenden Monaten gehen müssen, ist also klar ausgedehnt: eine Verfassung annehmen, die Europa die Mittel verleiht, seinen

Platz in der Welt von morgen einzunehmen. Dieser neuen Union müssen ehrgeizige Ziele gesetzt werden, ob sie nun von allen geteilt oder nur von einigen verfolgt werden. Was die ergänzende Integration angeht, wird diese ganz natürlich ihren Platz finden, so wie Frankreich zusammen mit Deutschland und Großbritannien eine besonders nützliche Zusammenarbeit gegenüber dem Iran in Sachen Nonproliferation praktiziert hat. Einen solchen Präzedenzfall können wir morgen neuerlich schaffen, zum Beispiel indem wir die Partnerschaft zwischen unseren Verteidigungsindustrien stärken oder indem wir in Afrika oder anderswo politische Initiativen ergreifen oder Operationen durchführen.“ (FAZ, 19.12.2003) Der französische Präsident Jacques Chirac ist für die Bildung von „Pioniergruppen“ in der Europäischen Union. Wörtlich sagte er: „Deutschland und Frankreich werden natürlich zum Kern dieser Pioniergruppen gehören.“ (AP, 08.01.2004)

Und innerhalb der deutschen Bundesregierung wird deutlich gemacht, dass die Diskussion über Kerneuropa „keine rein taktische Debatte“ sei, mit dem Ziel, den Druck zur Einigung zu erhöhen, für den Fall eines endgültigen Scheiterns müsse man in der Lage sein, „konzeptionelle“ Antworten zu geben. (FAZ, 21.12.2003) Wie die aussehen könnten dazu der deutsche Außenminister im Spiegel: „Diejenigen, die weitergehen wollen - in der Sicherheits-

und Verteidigungspolitik, in der Zusammenarbeit bei der Innenpolitik, bei Justiz und Recht -, werden weitergehen, wenn die Verfassung scheitert. Sie werden es umso entschiedener tun, je weniger sie daran glauben, dass dieses Europa als Ganzes handlungsfähige Strukturen bekommt.“ SPIEGEL: „Klingt wie eine Drohung.“ Fischer: „Irrtum. Das Kerneuropa, von dem ich rede, ist kein Ziel, nur faktische Konsequenz dessen, was wir zurzeit erleben.“ (SPIEGEL 52/2003, 20.12.2003) Das neue Kerneuropa ist das alte unter deutsch-französischer Führung, konkretisiert vor allem im Militärbereich. Das sieht auch Sabine Herre in der taz so: „Beim Treffen der Außenminister in Neapel ist zum ersten Mal deutlich geworden, wie die Europäische Union mit ihren 25 Mitgliedern künftig funktionieren wird. Das Projekt Kerneuropa hat das Stadium der Theorie verlassen, jetzt gibt es klare Regeln, wie diese „strukturierte Zusammenarbeit“ zwischen besonders integrationswilligen Staaten funktionieren soll. Irakkrieg und EU-Erweiterung sind die Gründe dafür, dass Kerneuropa ausgerechnet im militärischen Bereich konkret wird.“ (taz, 01.12.2003)

Neue EU-Militärstrategie: Verklausuriertes Präventivkriegskonzept

Fast untergegangen ist bei der Berichterstattung über das „Scheitern“, dass die Europäische Union ihre verbindliche Militärstrategie in Rom verabschiedet hat. Schon im Vorfeld wunderte sich der deutsche Bundeskanzler regelrecht, dass die Vorlage - die insbesondere in Punkto Betonung des Multilateralismus und konkreter militärischer Zusammenarbeit die Vorstellungen der deutschen und französischen Regierung fast eins zu eins wiedergibt - von allen EU-Staaten akzeptiert wurde: „Zunächst ist es angesichts der innereuropäischen Differenzen in der Irak-Frage bemerkenswert, dass Javier Solanas Entwurf für eine europäische Sicherheitsstrategie von allen EU-Partnern positiv aufgenommen worden ist.“ Die Vorlage von Javier Solana wurde im wesentlichen unverändert in Rom verabschiedet. Die bisher erste Militärstrategie der Europäischen Union hat es in sich: Drei

strategische Ziele werden genannt: Erstens Kampf gegen Terrorismus, zweitens Kampf gegen die Verbreitung von Massenvernichtungswaffen und drittens „Hilfe“ für „zusammengebrochene Staaten“ als Mittel gegen organisierte Kriminalität. Dass und wie die EU militärisch agieren will benennt sie ebenfalls im Strategiepapier: „Als eine Union mit 25 Mitgliedstaaten, die mehr als 160 Mrd. Euro für Verteidigung aufwenden, sollten wir mehrere Operationen gleichzeitig durchführen können.“ Und dann kommt ein zentraler Satz: „Unser herkömmliches Konzept der Selbstverteidigung, das bis zum Ende des Kalten Krieges galt, ging von der Gefahr einer Invasion aus. Bei den neuen Bedrohungen wird die erste Verteidigungslinie oftmals im Ausland liegen. Die neuen Bedrohungen sind dynamischer Art.“ „Verteidigungslinien“, die im Ausland liegen, das ist nichts anderes als verklausuliert das aus der National Security Strategy der USA bekannte „Präventivkriegskonzept“. Direkt wurde das „Präventivkriegskonzept“ nicht in das verabschiedete Papier geschrieben. Auf der Homepage der Bundesregierung heißt es ganz offenerzichtig: „Der umstrittene Begriff „preemptive engagement“ wurde durch „preventive engagement“ ersetzt“. Allerdings wurde es nicht deshalb verändert, weil damit etwas anderes gemeint sein soll, wie es in offiziellen Erklärungen heißt, sondern vielmehr deswegen, weil es sich, wie die NZZ schreibt, bei „preemptive“ um ein „Reizwort“ handele. Nach Angaben der International Herald Tribune (IHT) ist der Begriff ausgetauscht worden, weil es in einigen EU-Sprachen einfach keine Wörter für „preemptive“ gibt. Unabhängig davon: „Verteidigungslinien im Ausland“ das ist die altbekannte „Vorverteidigung“, das sind „Angriffsaktionen“, das heißt „angreifen bevor der Gegner es kann“, das ist das Präventivkriegskonzept.

„Einfluss im Weltmaßstab“ - Multilateralismus - EU und NATO, Hand in Hand

Zentraler Politikansatz in der EU-Militärstrategie ist „Multilateralismus“: „In einer Welt globaler Bedrohungen, globaler Märkte und globaler Medien hängen unsere Sicherheit und unser Wohlstand immer mehr von einem wirksamen multilateralen System ab.“ Das Ziel wird klar benannt: „Eine aktive und handlungsfähige Europäische Union könnte Einfluss im Weltmaßstab ausüben. Damit würde sie zu einem wirksamen multilateralen System beitragen, das zu einer Welt führt, die gerechter, sicherer und stärker geeint ist.“ Hier meldet sich eine Institution, die eine weitere Weltmacht



werden will. Bei der Vorstellung der EU-Militärstrategie hat Javier Solana am 12.11.2003 in Berlin auf den Punkt gebracht: „Die EU wird zu einem globalen Akteur.“ Solana hat ebenfalls klargestellt, dass EU und NATO eng kooperieren werden: „Im Rahmen dieses Netzes ist und bleibt die NATO für die Gewährleistung unserer Sicherheit von grundlegender Bedeutung, und zwar nicht als Konkurrent, sondern als strategischer Partner. Auf dem Balkan hat sich konkret gezeigt, wie diese Partnerschaft zu Ergebnissen hinsichtlich Frieden und Sicherheit führen kann.“ Innerhalb der EU soll eine „Beistandspflicht“ eingeführt werden. Für die bisher neutralen EU-Staaten, Österreich, Finnland, Schweden und Irland würde das die endgültige Aufgabe ihrer Neutralität bedeuten.

Aufrüstungsverpflichtung und Rüstungsagentur auch ohne EU-Verfassung

Die EU hatte beschlossen ein „Europäisches Amt für Rüstung, Forschung und militärische Fähigkeiten“ einzurichten, das 2004 seine Arbeit beginnen soll. Dieses Amt sollte in der geplanten EU-Verfassung festgeschrieben werden. Doch vor dem Gipfel von Rom wurde es ausgekoppelt und unabhängig von der Verfassung beschlossen, festgeschrieben wurde es nun in der EU-Militärstrategie: „Die laufenden Maßnahmen - vor allem die Einrichtung einer Rüstungsagentur - führen uns in die richtige Richtung“. Im Entwurf für eine EU-Verfassung sollte eine Aufrüstungsverpflichtung festgeschrieben werden: „Die Mitgliedstaaten verpflichten sich, ihre militärischen Fähigkeiten schrittweise zu verbessern“ (Artikel I-40, Absatz 3). Diese Aufrüstungsverpflichtung ist ebenfalls im EU-Strategiepapier geregelt: „Damit wir unsere Streitkräfte zu flexibleren, mobilen Einsatzkräften umgestalten und sie in die Lage versetzen können, sich den neuen Bedrohungen zu stellen, müssen die Mittel für die Verteidigung aufgestockt und effektiver genutzt werden.“ Insofern haben die Regierungen innerhalb der EU, die eine intensive Fortentwicklung der militärischen Komponente wollen mit der EU-Militärstrategie vieles bekommen von dem, was sie mit dem vorgelegten EU-Verfassungsent-

wurf erreichen wollten. Der entscheidende Unterschied ist, dass die Entwicklungen im Militärbereich nun zweifelsohne in „unterschiedlichen Geschwindigkeiten“ ablaufen werden und dass ein militärisches Kerneuropa um Deutschland und Frankreich immer offensichtlicher wird.

Bisher keine EU-Verfassung - Chance für die Bewegung „Gegen diese EU-Verfassung“

Trotzdem ist die derzeitige Entwicklung auch eine Chance. Dass es bisher keine EU-Verfassung gibt, verbessert die Möglichkeiten, den bisherigen Entwurf der EU-Verfassung zu verhindern. Inzwischen hat sich in Deutschland und vielen anderen EU-Staaten eine Bewegung „Gegen diese EU-Verfassung“ gebildet. Innerhalb der Friedens- und Antikriegsbewegung hat man/frau sich auf einen Text geeinigt, „Gegen diese EU-Verfassung - für ein Europa das sich dem Krieg verweigert“. Vor allem politische Gruppen sind aufgefordert die nebenstehende Erklärung zu unterzeichnen. Weitere Schritte der Kampagne „gegen diese EU-Verfassung“ sind dann die Verbreitung von Materialien und die Beteiligung an den Aktionstagen „gegen Krieg und Besatzung“ am 20. März und gegen Sozialabbau am 02. und 03. April. Am 09. Mai gibt es einen Aktionstag „gegen diese EU-Verfassung“, u.a. mit einer Demonstration in Rom. Ziel muss es sein, das militarisierte Kerneuropa zu kritisieren.

Literatur

Kiehne, Julia: „Polen schießt sich in den eigenen Fuß“ - Dietrich von Kyaw, ehemaliger EU-Botschafter der Bundesrepublik, zum europäischen Verfassungsverstreit, in: ZDF-online, 12.12.2003 (eingesehen 02.01.2003)

Kuczka, Ruth: „Kampf um das Machtzentrum - Der Streit um die Stimmen“, in ZDF-online, 13.12.2003 (eingesehen 02.01.2003)

Gemperle, Reinhard (rg.): „Eine Verfassung für Europa - Frostiges Klima in der EU“, in: Neue Zürcher Zeitung, 15.12.2003

Frankenberger, Klaus-Dieter: „Europäische Union - ein Rettungsanker?“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 16.12.2003

Münchau, Wolfgang: „Der Kanzler und sein Diener“, in: Financial Times Deutschland, 16.12.2003

de Villepin, Dominique: „Europäische Union - Die Lehren von Brüssel“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 19.12.2003

Fischer, Joschka: „‘Heilsamer Schock‘ - Interview - Außenminister Joschka Fischer über den gescheiterten europäischen Verfassungsgipfel, die Wiederaufbau-Pläne im Irak und den schwierigen Umgang mit den Menschenrechten“, in: DER SPIEGEL 52/2003 - 20.Dezember2003

Herre, Sabine: „Kerneuropa ist jetzt Praxis - Beim Treffen der Außenminister zeigt die EU, wie sie zukünftig arbeitet“, in: taz, 01.12.2003

Everts, Steven: Two cheers for the EU's new security strategy, Soft power and hard power, in: International Herald Tribune (IHT), 09.12.2003

Solana, Javier: „Die EU-Sicherheitsstrategie - Auswirkungen für die Rolle Europas in einer sich ändernden Welt“, Rede in Berlin, 12.11.2003

Schröder, Gerhard: Interview in: Internationale Politik, September 2003, Nr. 9.

Tobias Pflüger ist Politikwissenschaftler und IMI-Vorstand

With or without you: Nach dem gescheiterten EU-Gipfel

von Christoph Marischka

Schadenfreude ist leider nicht angebracht. Nach dem gescheiterten EU-Gipfel vergangenes Wochenende in Brüssel zeigen sich die Machtverhältnisse innerhalb der EU deutlicher als zuvor. Schröder und Chirac kündigten bereits vor dem Gipfel an, dass sie unabhängig von dessen Ergebnis zukünftig enger kooperieren wollen. Kerneuropa kommt, mit oder ohne die anderen Staaten. Wenn Chirac von einer „Gruppe von Pionieren“ spricht und Schröder von einem „Europa der zwei Geschwindigkeiten“, so ist das eindeutig eine Drohung. Die Verhandlungen um die Ratifizierung des vom Verfassungskonvent im Sinne Deutschlands und Frankreichs ausgearbeiteten Verfassungsentwurfs könnten bereits die letzte Möglichkeit für die schwächeren Staaten gewesen sein, ein Veto einzulegen. Wenn die selbsternannten Pioniere unter sich erst die Spielregeln ausgehandelt haben, sind die Einflussmöglichkeiten für die, die später dazustoßen wollen noch geringer.

Was sich gegenwärtig in Europa abspielt ist eiskalte Machtpolitik. Und sie zeigt ihre Wirkungen: Sobald das Wort Kerneuropa in den Agenturmeldungen auftauchte beeilten sich die Regierungschefs, dazuzugehören: Österreich, Ungarn und Tschechien meldeten bereits Interesse an, zu den Pionieren zu gehören, auch den Benelux-Staaten wird nichts anderes übrig bleiben. Unmittelbar nach dem Gipfel kündigten die reichen Staaten Kerneuropas in einem Brief an Kommissionspräsidenten Prodi an, die Ausgaben für die EU auf dem gegenwärtigen Niveau einzufrieren.¹ Damit setzen sie die Nehmerländer Spanien und Polen unter Druck, die sich gegen die von Deutschland und Frankreich gewünschte doppelte Mehrheit gewehrt haben. Diese doppelte Mehrheit hätte die Bevölkerungszahl der Staaten in die Stimmgewichtung einbezogen und damit die bevölkerungsreichen Staaten Kerneuropas bei deren Einigkeit praktisch unüberstimmbar gemacht und ihnen so eine Dominanz zugesichert, welche sie ohne Verfassung aber ohnehin haben. Dennoch birgt ein Kerneuropa ohne Verfassung in sich eine zusätzliche Gefahr: Es ist noch unklar, ob Italien und Großbritannien dabei wären, Spanien und Polen wären es jedenfalls definitiv nicht. Das sind genau

die Staaten, welche die USA im Krieg gegen den Irak am offensten unterstütz und damit auch längerfristig Kooperation angeboten haben. Die USA hingegen sind spätestens seit der von der EU beschlossenen engeren militärischen Kooperation skeptisch gegenüber einer zu engen Europäischen Union, vor allem da diese offensichtlich auch militärisch als Herausforderer der hegemonialen Stellung der USA in Stellung geht.² Sie werden froh sein über Spanien und Polen, England und evtl. Italien einen Fuß in die europäische Tür zu bekommen. So könnte der sich bereits im Streit um Stahlzölle und genveränderte Nahrung anbahnende Konflikt zwischen USA und Kerneuropa beschleunigen.

Dennoch ist die Verfassung mit dem Scheitern des letzten Gipfels noch nicht



vom Tisch. Nun wird eben der Druck durch Kerneuropa erhöht. Eine Woche vor dem Gipfel ließ es verlauten, es werde keinen Kompromiss um jeden Preis geben,³ besser keine Verfassung als eine schlechte. Vor Beginn des Gipfels trafen sich Schröder, Chirac und Blair noch einmal hinter verschlossenen Türen und gaben anschließend keinerlei Statements ab. Wahrscheinlich hatten sie das Platzen-lassen des Gipfels bereits beschlossen, falls sie sich nicht durchsetzen könnten. Diese vielbeachtete Vorab-sprache war eine letzte Drohgebärde. Und die Drohung wurde wahr gemacht, der Gipfel scheiterte scheinbar rigoros, kurz

nachdem die Verfassung überhaupt auf die Tagesordnung kam, es wurde nicht einmal ein Termin für Folgeverhandlungen bestimmt. Frühestens im März soll es zu neuen Verhandlungen kommen. Bis dahin wird Druck ausgeübt und Macht demonstriert werden, Kerneuropa wird als Schreckgespenst über den Abtrünnigen kreisen und spätestens, wenn in Polen die Wahlen vorüber sind, wird es einlenken. Es sei denn es kommen sehr attraktive Angebote aus den USA.

Man mag den gescheiterten Gipfel als überhastet bezeichnen, die EU hätte sich das Debakel sparen können, wären mehr Verhandlungen im Vorfeld gelaufen. Andererseits wurde mit ihm ein erster Versuch unternommen, die Verfassung möglichst schnell unter Dach und Fach zu bringen. Durch sein Scheitern hat Kerneuropa nun seine Entschlossenheit demonstriert, auch nach der bisher größten Erweiterung der EU Mitte nächsten Jahres um zehn Staaten, das Ruder in der Hand zu behalten. Natürlich wären die deutsche und französische Regierung zufrieden gewesen, ihre Vorstellungen von der EU bereits im Dezember ratifiziert zu sehen. Doch durch das Scheitern, für das ohnehin implizit Polen ver-

antwortlich gemacht wurde („Die Staaten, die bei dem gescheiterten Verfassungsgipfel von Brüssel ihre nationalen Interessen vorangestellt haben“, Schröder), hat man nun die Möglichkeit zu demonstrieren: „Wir können zwar ohne euch, aber ihr nicht ohne uns“.

Über den machtpolitischen Interessengegensatz um die doppelte Mehrheit zwischen dem „neuen“ und dem „alten Europa“ (gerade von der Gesellschaft für deutsche Sprache zum Wort des Jahres 2003 gekürt) darf man aber nicht vergessen, dass sich die Herrschenden Europas in den meisten Punkten einig sind. Das gilt nicht nur für

die im Verfassungsentwurf festgeschriebene Aufrüstung und Militarisierung der EU:⁴ „Zwar sind die Verhandlungen über eine Verfassung vorerst gescheitert - die Kooperation in der EU-Sicherheitspolitik wird dennoch intensiver werden.“⁵ Das gilt ebenso für die Errichtung einer „europäischen Grenzschutzagentur“, welche die Abschottung der EU gegen Flüchtlinge koordinieren soll und die bereits im Sommer beschlossene biometrische Erfassung aller EU-Bürger, wie für die neoliberale Wirtschaftspolitik. Auch die weitere Entfernung der Entscheidungsorgane von den Beherrschten, den Bürgern, ist durchaus politisch gewollt. Der Verfassungsentwurf bedeutete nämlich keinesfalls eine Demokratisierung der EU, sondern vergrößert im Gegenteil das bereits eklatante Demokratie-defizit indem die Entscheidungen über noch mehr Politikfelder, wie eben die Außen- und Sicherheitspolitik, auf eine höhere und für die Betroffenen kaum nachvollziehbare Ebene „vergemeinschaftet“ werden. Die Elemente über die sich die Regierungen der EU-Staaten einig sind, sind genau die Punkte, die bei der europäischen Zivilgesellschaft das blanke Grauen hervorrufen müssten. Deshalb regt sich nun langsam Widerstand gegen diese Verfassung.⁶ Und in so fern gibt es vielleicht doch einen Grund, sich über das Scheitern des Gipfels zu freuen: Wir haben Zeit gewonnen, Widerstand gegen eine EU zu organisieren, die sich durch Militarisierung und Abschottung, Repression und Demokratieabbau konstituieren will und uns an der Gestaltung Europas von unten zu beteiligen.

Anmerkungen

¹ „Kerneuropa á la francaise“ in Junge Welt 17.12.03

² belegbar etwa durch folgende Zitate: „Wir können uns dieses Verzetteln nicht leisten. Wir fallen gegenüber den Amerikanern katastrophal ab, nicht nur in der Höhe des Geldes, das wir ausgeben für Wehrtechnik, sondern auch in der Effizienz.“ Michael Rogowski, Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie sowie: „Es wird noch viele Jahre dauern, bis die Europäische Union ihre militärischen Defizite überwunden hat“ Verteidigungsminister Peter Struck.

³ „Kein Kompromiß um jeden Preis“ in FAZ 8.12.03

⁴ „Eine Militärverfassung für die Europäische Union - Oder auch die EU ist auf Kriegskurs.“ <http://imi-online.de/download/IMI-Analyse-2003-036-EU-Verfass-Pflueger.pdf>

⁵ „EUkoordiniert Rüstung“ http://www.dw-world.de/german/0,3367,1454_A_1063469_1_A,00.html

⁶ z.B.: <http://www.euverfassung.blogger.de>

Christoph Marischka ist IMI-Beirat

NATO Response Force

Die ultimative Koalition der Willigen

von Claudia Haydt

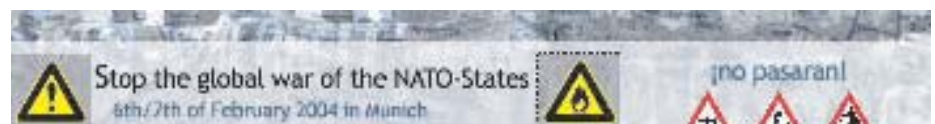
Kriege fallen nicht vom Himmel. Kriege müssen geplant und vorbereitet werden. Und das geht manchmal erstaunlich schnell. Im November 2002 verpflichteten sich die NATO Staaten in Prag zu einem umfassenden Umbau der NATO-Strukturen. Weniger als ein Jahr dauerte es, bis das NATO-Hauptquartier den Kern dieser Umstrukturierung der Öffentlichkeit präsentieren konnte: Am 15. Oktober 2003 wurde der Prototyp der neuen NATO-Einreiftruppe in Dienst gestellt. Die NATO Response Force (NRF) symbolisiert den Beginn eines vollständigen Umbaus der NATO. „Anfänglich ist sie (die NRF) eine Untergliederung der NATO-Streitkräftestruktur. Schlussendlich IST sie die zukünftige NATO-Streitkräftestruktur.“ (NATO-Homepage) Die kampforientierte NRF ist für die territoriale Verteidigung so gut wie nicht zu verwenden, dafür ist sie aber „schnell, agil, flexibel, einsetzbar innerhalb von fünf Tagen, wo immer sie gebraucht wird.“ (Die Welt, 16.10.2003)

Dass es hier um harte (neudeutsch: robuste) Kampeinsätze überall auf der Welt geht, wird von der NATO nicht verschwiegen, sondern explizit betont: „Die NRF ist eine Truppe mit abgestufter Bereitschaft ... fähig, die gesamte Spannweite von Missionen auszuführen ... bis zu Kriegsführung hoher Intensität.“ (NATO-Homepage) Von zentraler Bedeutung für das Einsatzspektrum der NRF ist ihre schnelle Verfügbarkeit. „Praktisch werden sich die Einsätze der NRF auf solche (Missionen) konzentrieren, die die Fähigkeit erfordern, mit den leistungsfähigsten Truppen innerhalb sehr kurzer Zeit zu reagieren.“ Die Entsendung der NRF soll sowohl als Machtdemonstration fungieren können, als auch in konkreten Kampfeinsätzen über Artikel 5 des NATO-Statuts hinaus, sogenanntes „Krisenmanagement“ ermöglichen. Die NRF soll alleine aber auch als offensive Voraustruppe einer größeren Streitkraft agieren können.

Die NRF setzt sich zusammen aus Land-, Luft- und Seestreitkräften sowie verschiedenen Spezialeinheiten. Die Soldaten werden aus den einzelstaatlichen Armeen rekrutiert. Alle müssen eine sechsmonatige Ausbildung - inklusive zugehöriger Prüfungen - in Norfolk/Virginia durchlaufen. Anschließend verbleiben sie weitere sechs Monate in erhöhter Bereitschaft. Die intensive Ausbildung und die moderne Ausrüstung machen die NRF zu einer „leistungsfähigen“ Elite-truppe. Durch die gemeinsame Ausbildung ist außerdem gewährleistet, dass die einzelnen nationalen Truppen untereinander voll kompatibel sind, sich in konkreten Einsätzen abwechseln und unterstützen können. Diese Erweiterung der militärischen Handlungsfähigkeit ist offensichtlich für viele NATO-Staaten attraktiv. Statt der ursprünglich anvisierten 6.000 Soldaten für die erste Ausbaustufe der NRF haben die einzelnen Staaten bereits

9.000 Soldaten zur Verfügung gestellt. 1.200 Soldaten aus Luftwaffe und Marine stellt Deutschland, zusammen mit zwei Minenräumbooten, zwei Fregatten und sechs ECR-Tornados, bereits heute zur Verfügung. Wenn die NRF im Herbst 2006 ihre volle Stärke erreicht haben wird, dann wird sie 21.000 Soldaten umfassen. Bis zu 6.000 davon werden dann von der Bundeswehr für die NRF abgestellt. Damit stellt Deutschland nicht nur innerhalb der EU-Truppen, sondern auch innerhalb der NRF das größte Kontingent. Womit der Anspruch, in beiden Organisationen starken Einfluss ausüben zu wollen, mehr als deutlich wird. Die NRF ist der sichtbare Ausdruck der neuen Doktrin des Interventionismus der reichen westlichen Staaten gegen den Rest der Welt. Sie ist mit den Worten des NATO-Oberbefehlshabers James Jones, „die ultimative und permanente Koalition der Willigen“. (Die Welt, 16.10.2003)

Claudia Haydt ist Soziologin, Religionswissenschaftlerin und IMI-Beirat



Syrien im Fadenkreuz

von Claudia Haydt

Zum exklusiven Club der „Achse des Bösen“ gehört Syrien (noch) nicht. Doch zum besonders gefährlichen Schurkenstaat wurde es am 13. Dezember 2003 befördert - durch die Unterschrift von George W. Bush unter ein Gesetz, das verschärfte ökonomische und diplomatische Sanktionen gegen Syrien vorsieht. Das Gesetz konfrontiert Syrien mit einer ganzen Reihe von Forderungen – übrigens ohne die Grundlage dieser Forderungen auch nur annähernd zu beweisen: Syrien soll die Unterstützung des Terrorismus beenden, die Entwicklung biologischer und chemischer Waffen einstellen, Syrien soll seine Grenzen gegen Waffenschmuggel und Kämpfer in den Irak schließen, keine Mittel- und Langstreckenraketen herstellen oder anschaffen und seine ca. 20.000 Soldaten aus dem Libanon abziehen.

Außerdem soll Syrien „ernsthafte, bedingungslose bilaterale Verhandlungen“ mit Israel führen, um „einen vollständigen und dauerhaften Frieden“ zu ermöglichen. Doch genau diese Gespräche hatte Präsident Bashar al-Assad mehrfach anregt, das Angebot hat er sowohl international (u.a. in einem Interview mit der New York Times) als auch national mehrfach wiederholt. Er bot eine „volle Normalisierung der Beziehungen“ – also nicht nur Sicherheitsvereinbarungen – im Austausch gegen einen israelischen Rückzug aus dem Golan an. Dieses Angebot ist ernst zu nehmen, davon geht selbst der Chef des israelischen Militärgeheimdienstes, Generalmajor Aharon Ze'evi-Farkash, aus (Ha'aretz 4.1.2004).

Die israelische Regierung ignorierte das Angebot dennoch lange, bis schließlich Anfang Dezember 03 Außenminister Silwan Schalom Bedingungen formulierte, unter denen sich das Land auf „bedingungslose Verhandlungen“ einlassen würde. Die von Schalom formulierten Voraussetzungen für Gespräche erinnern weitgehend an den US-

Gesetzestext. Gleichzeitig ist auch festzustellen, dass die israelische Regierung in der Frage von Verhandlungen keine vollständig einheitliche Position vertritt. Während der Präsident Moshe Katsav am 12. Januar während einer israelischen Fernseh Talkshow (!) Assad zu einem Besuch nach Israel einlud, warnte Scharon zu wiederholten male davor sich auf „Umarmungen“ einzulassen bevor die syrische Regierung „die Unterstützung des Terrors“ einstellt. Die wenig entgegenkommende Reaktion der Mehrheit innerhalb des israelischen Kabinetts wird von einem Editorial der israelischen Massenzeitung „Yediot Aharonot“ nicht mit der Gefahr erklärt, die von Syrien ausgehen könnte, sondern im Gegenteil mit Syriens Schwäche: „Syrien kann und wird die Golan-Höhen nie zurückerobern.“ Die Redakteure analysieren dies so: „Wir haben niemals Konzessionen gegenüber jemandem gemacht, der uns nicht einen schweren Schlag versetzen könnte.“ So ist es



nicht weiter verwunderlich, wenn sowohl die israelische als auch die US-amerikanische Vorstellung von „Verhandlung“ de facto bedingungslose Kapitulation bedeutet.

Die Blaupause der jetzigen Konfliktdramaturgie scheint sich stark an dem Policy Paper „A Clean Break“ zu orientieren das bereits 1996 für den damaligen Premierminister Benjamin Netanjahu verfasst wurde. Zu den Autoren gehörten neben Richard Perle auch andere US-Neokonservative wie

David Wurmser, der im September 2003 zum Nahost-Berater von Vize-Präsident Dick Cheney ernannt wurde. In dem Papier wird gefordert, Abschied zu nehmen von einer Strategie der Aussöhnung Israels mit seinen Nachbarn. Die Parole „Land für Frieden“ wird als nicht tragfähig diagnostiziert, statt dessen soll nun gelten „Frieden durch Stärke.“ „Die Araber“ sollen dazu gebracht werden, die Rechte Israels „bedingungslos zu akzeptieren.“ Dies soll erreicht werden durch die „Wiedereinführung des Prinzips der Präemption, anstelle bloßer(!) Vergeltung ...“ Dazu gehört der Vorschlag, Israel könne seine Position stärken durch die Etablierung eines ‚Recht(s) auf heiße Verfolgung‘ zur Selbstverteidigung in allen Palästinensergebieten.“ Dies ist seit mehr als drei Jahren bittere Realität und hat nur dazu beigetragen, die Situation aller Menschen in der Region drastisch zu verschlechtern. Doch diese schlechte Erfahrung hindert die israelische Regierung nicht daran, weitere Teile aus der „neuen Strategie zur Sicherung der Vorherrschaft“ umzusetzen. Hier wird im Bezug auf Syrien vorgeschlagen, dass Israel die „strategische Initiative ergreifen“ soll, indem es Präzedenzfälle dafür schafft, dass „syrisches Territorium nicht immun ist“ gegen Angriffe

israelischer Streitkräfte, dazu gehören „Angriffe auf ausgewählte Ziel im syrischen Kernland.“

Im September 2003 flogen israelische Düsenjets Überschallflüge über dem Familiensitz der Assads in Latakia. Am 5.10.2003 übte die israelische Luftwaffe „Vergeltung“ für ein grausames Attentat in Haifa, indem sie einen Angriff gegen das vorgebliche terroristische Trainingslager Ein Saheb in unmittelbarer Nähe

der syrischen Hauptstadt Damaskus durchführte. Die Idee dieses Angriff kam in Israel bereits vor dem Attentat auf (Ze'ev Schiff, Haaretz 7.10.2003). Präsident Bush erklärte die Aktion zu einem Akt der berechtigten Selbstverteidigung: „Wir würden genau dasselbe tun.“ Gezielte Verstöße gegen syrische Souveränität sind kein Privileg der israelischen Armee: Im Juli 2003 führten US-amerikanische Truppenteile vom Irak aus ein Kommandounternehmen auf syrischem Territorium durch.

Wird der „Krieg gegen den“ Terror in Syrien fortgesetzt?

Vieles erinnert an die Dramaturgie (Embargos und unerfüllbare Ultimaten) vor dem NATO-Angriffskrieg auf Jugoslawien oder vor dem Irak-Krieg. Dennoch geht wohl zumindest die US-Regierung nicht davon aus, dass ein Krieg wirklich nötig sein wird, um Syrien zu einer „kooperativen“ Politik mit USA und Israel zu bewegen. Richard Perle hofft ganz offen darauf, dass das Beispiel Irak abschreckend genug wirkt, um Syrien gefügig zu machen: „... ich hoffe, das Beispiel des Iraks wird sich als überzeugend erweisen.“ (Washington Post 8.4.2003).

Der syrische Staatschef bemüht sich, diplomatisch in die Offensive zu geraten. So versucht Assad, die Beziehungen Richtung Türkei zu normalisieren. Er lieferte 22 Verdächtige an die Türkei aus, die im Kontext der Attentate im November 03 in Istanbul gesucht wurden und kündigte einen Staatsbesuch in der Türkei an. Doch die Ambivalenz vieler internationaler Akteure, wie z.B. der EU sorgt wohl für ein „Einfrieren“ des Konfliktes auf hohem Niveau. Was sich als kaum minder gefährlich erweisen könnte als ein offener Krieg. Die von Perle erhoffte „Lehre aus dem Beispiel Irak“ kann auch bedeuten, dass sich andere Staaten dafür hüten werden, gegenüber potentiellen Angreifern genauso wehrlos zu sein, wie der Irak gegenüber den USA. Dies kann den Rüstungswettlauf der Staaten des Nahen Ostens vehement anheizen, besonders im Bereich der Massenvernichtungswaffen – um Angriffe durch Abschreckung zu verhindern, um auf einen potentiellen Kriegsfall möglichst gut vorbereitet zu sein oder um eine günstige Ausgangsposition für Verhandlungen zu haben. Eine Entwicklung, vor der auch der Generaldirektor der Internationalen Atomenergie Behörde, El Baradei, jüngst warnte: „Ich bemerke große Frustration im Mittleren Osten, weil Israel auf Nuklearwaffen sitzt. „Er geht davon aus, dass Abrüstungsgespräche über die Vernichtung von Massenvernichtungswaffen zwischen Israel und seinen Nachbarn unbedingte Voraussetzung dafür sind, um alle Massenvernichtungswaffen in der Region zu vernichten, andernfalls „wird es einen fortgesetzten Anreiz für die Länder der Region geben, Massenvernichtungswaffen zu entwickeln, um dem israelischen Arsenal begegnen zu können“ (Haaretz 12.12.2003). Mehr Waffen bedeuten – nicht nur im Nahen und Mittleren Osten – leider nicht mehr Sicherheit.

Claudia Haydt ist Soziologin, Religionswissenschaftlerin und IMI-Beirat

Ein Kronzeuge packt aus

Ein Nachtrag zu den Kriegslügen im Zusammenhang mit dem amerikanischen Krieg gegen den Irak

von Jürgen Wagner

Bisher war lediglich nachweisbar, dass der amerikanische Angriffskrieg gegen den Irak bereits unmittelbar nach den Anschlägen des 11. September 2001 beschlossen wurde.¹ Obwohl es nahe liegt, fehlten bislang eindeutige Beweise – die häufig gesuchte „smoking gun“ – dafür, dass die US-Regierung diesen Krieg ab dem Tag der Machtübernahme durch die neokonservativen Hardliner mit dem „Wahlsieg“ George W. Bushs anvisiert hatten und somit kein direkter Zusammenhang zwischen den Anschlägen des 11. September bzw. der Bekämpfung des Terrorismus und dem Krieg gegen Bagdad besteht.

Nachdem inzwischen der ehemalige Finanzminister Paul O’Neill an die Öffentlichkeit gegangen ist, hat sich dies geändert. Zudem kommen O’Neills Enthüllungen zu einem Zeitpunkt, an dem immer neue Beweise auftauchen, in welchem unglaublichem Ausmaß die Öffentlichkeit von Seiten der US-Regierung hinsichtlich der angeblich von irakischen Massenvernichtungsmitteln und Kontakten zur Terrororganisation Al-Qaida ausgehenden Gefahr belogen wurde, um einen Krieg zu legitimieren, der offensichtlich aus vollständig anderen Motiven geführt wurde.

Keine Massenvernichtungsmittel

„Kurz gesagt: Es gibt keinen Zweifel, dass Saddam Hussein jetzt über Massenvernichtungsmittel verfügt“, erklärte Vizepräsident Dick Cheney im August 2002. Noch am 30. März 2003 versicherte Verteidigungsminister Donald Rumsfeld: „Wir wissen wo die irakischen Massenvernichtungsmittel sind.“² Die von diesen Waffen angeblich ausgehende Gefahr stellte die zentrale Legitimation des amerikanischen Angriffskrieges dar.

Demgegenüber hatten kritische Stimmen, wie bspws. der ehemalige UNO-Waffeninspekteur Scott Ritter, schon im Vorfeld des Krieges schlüssig bewiesen, dass eine solche Gefahr nicht existierte.³ Diese Auffassung wurde nun auch von einem im Januar 2004 veröffentlichten Report des zum US-Establishment zählenden *Carnegie Endowment for International Peace* bestätigt.⁴

Im Gegenzug zu der von der US-Regierung behaupteten Ineffektivität der

UNO-Inspektionen kommen die Carnegie-Autoren zu einem gänzlich anderen Ergebnis: „Die UN-Inspektionen und Sanktionen zerstörten die umfassenden irakischen Kapazitäten zur chemischen Waffenproduktion effektiv.“ Ebenso wenig stimmte der Vorwurf der US-Regierung, der Irak habe das Potenzial und die Absicht innerhalb eines Jahres an Nuklearwaffen zu gelangen: „Iraks Atomprogramm wurde aufgelöst und es gab keine überzeugenden Beweise für seine Wiederaufnahme,“ stellt der Report fest und kommt folgerichtig zu dem Schluss, dass irakische Massenvernichtungsmittel „keine unmittelbare Gefahr für die Vereinigten Staaten, die Region oder die globale Sicherheit, darstellten.“⁵ Dies dürfte auch den Hardlinern im Weißen Haus bekannt gewesen sein die sich hierdurch aber von ihren Kriegsplänen nicht abhalten ließen.

Auch die Ergebnisse – oder besser das Fehlen solcher – der *Joint Captured Material Exploitation Group*, die mit dem Aufspüren irakischer Massenvernichtungsmittel beauftragt wurde, sprechen eine deutliche Sprache, wie ein Artikel der *Washington Post* bestätigt: „Die Fahnder haben keine Hinweise für die beiden von Washington und London vor dem Krieg am häufigsten genannten Befürchtungen gefunden: Dass der Irak ein geheimes Arsenal alter Waffen und fortgeschrittene Programme zur Herstellung neuer Waffen hatte. [...] Die Fahnder betonen, dass der Irak nicht, wie von Washington und London behauptet, die Produktion seines tödlichsten Nervengases VX wiederaufgenommen hatte [...] und sie haben das ehemalige Atomwaffenprogramm, das von Präsident Bush als ‚eine ernste und wachsende Gefahr‘ und von Vizepräsident Dick Cheney als eine ‚tödliche Bedrohung‘ beschrieben wurde, in fast demselben zerrütteten Zustand vorgefunden, wie es die UN-Inspektoren in den 90ern zurückgelassen hatten.“⁶

Ebenso löst sich der Vorwurf in Luft auf, der Irak habe nicht alle Anfang der 90er eingelagerten biologischen Kampfstoffe zerstört und verfüge etwa weiter über 8.500 bis 25.000 Liter Anthrax, wie Außenminister Colin Powell am 05. Februar 2003 vor der UNO angab. Inzwischen an die Öffentlichkeit gelangte irakische Regierungsdoku-

mente belegen zweifelsfrei, dass sämtliche biologischen Waffen im Sommer 1991 zerstört wurden.⁷

Da der Carnegie-Report auch zu dem Ergebnis kommt, dass es der irakischen Regierung unmöglich war, eventuell vorhandene Massenvernichtungsmittel zu verstecken oder zu zerstören, ohne dass dies bemerkt worden wäre,⁸ lässt dies nur eine vernünftige Schlussfolgerung zu: Der Irak verfügte nicht über solche Waffen. Und da Donald Rumsfeld tatsächlich weiß „wo die irakischen Massenvernichtungsmittel sind,“ nämlich nirgends, verwundert es auch nicht weiter, dass er kürzlich 400 der insgesamt 1400-köpfigen *Joint Captured Material Exploitation Group*, die diese Waffen aufspüren sollte, abzog. Der Rest der Einheit soll sich künftig zunehmend mit der Bekämpfung des Widerstands gegen die US-Besatzung beschäftigen, womit Washington offiziell eingesteht, dass „die Regierung nicht mehr länger erwartet die chemischen und biologischen Waffen zu entdecken, die vom Weißen Haus letzten März als wichtigster Grund für den Krieg angeführt wurden.“⁹ Ein Editorial der *International Herald Tribune* kommt zu folgendem Schluss: „Die Sorge, dass Saddam Hussein über Massenvernichtungsmittel verfügte, entbehrte jeglicher Grundlage. Neun Monate ergebnisloser Suche haben das zunehmend klar gemacht.“¹⁰

Wie konnte es der US-Regierung dennoch gelingen, derart haltlose Behauptungen weitestgehend widerspruchslos in die Welt zu setzen? Einer der Hauptfaktoren hierfür war, dass man sich mit dem *Office of Strategic Plans* (OSP), unter Aufsicht des stellvertretenden Verteidigungsministers Paul Wolfowitz und Staatssekretär William Luti, eine Art privaten Nachrichtendienst ins Pentagon geholt hatte. Statt auf sich auf CIA und DIA-Analysen berufen zu müssen, die teilweise nicht den Wünschen der Neokonservativen entsprachen, lieferte das OSP eigene „nachrichtendienstliche Erkenntnisse“, indem auf abenteuerliche Weise „Beweise“ für irakische Massenvernichtungsmittel konstruiert und der Öffentlichkeit als seriös recherchierte Geheimdienstarbeit verkauft wurden.¹¹ Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass sogar der Carnegie-Report von einer systematischen, sprich bewussten Täuschung der Öffentlichkeit ausgeht: „Regierungsmitglieder missinterpretierten systematisch die von irakischen Massenvernichtungsmitteln und Raketenprogrammen ausgehende Gefahr.“¹²

Ebenso systematisch wie bei den Massenvernichtungsmitteln wurde bezüglich angeblicher irakischer Verbindungen zum

Terrornetzwerk Al-Qaida gelogen.

Keine Rauchenden Colts

Laut Washington sei es eine der Hauptorganen gewesen, dass Saddam Hussein seine ohnehin nicht vorhandenen Massenvernichtungsmittel über seine ebenfalls nicht existenten Kontakte zu Al-Qaida, an die Terrororganisation weitergeben könne und damit eine direkte Bedrohung der USA darstelle.

Bei seiner Rede vor der UNO war sich Colin Powell noch sicher es bestehe „ein düsterer Nexus zwischen dem Irak und Al-Qaida, der klassische Terrororganisationen und moderne Tötungsmethoden kombiniert“ um dann fortzufahren: „Irakische Offizielle verneinen Vorwürfe über Verbindungen zu Al-Qaida. Diese Verneinungen sind schlicht nicht glaubhaft.“ Wer in diesem Zusammenhang nicht glaubhaft war, war einmal mehr die US-Regierung, die in Form von Colin Powell inzwischen einräumen musste, es gäbe „keine smoking gun, keine konkreten Beweise für eine Verbindung“ zwischen dem Irak und Al-Qaida.¹³ Auch der Carnegie-Report kommt zu demselben Schluss: „Es gab und gibt keine soliden Beweise für ein kooperatives Verhältnis zwischen Saddams Regierung und Al-Qaida. [...] Es gab keine Hinweise die die Behauptung unterstützen dass der Irak seine Massenvernichtungsmittel an Al-Qaida weitergegeben hätte und zahlreiche Beweise die dagegen sprechen.“¹⁴

Selbst aus Sicht der Analytiker bei Carnegie lag keine zwingende Notwendigkeit für einen amerikanischen Angriff auf den Irak vor, da das Land keinerlei Gefahr für die Vereinigten Staaten darstellte. Mit einer Kombination aus Abschreckung und UNO-Inspektionen, die sich im nachhinein ja als überaus wirkungsvoll herausgestellt haben, hätte der Irak auch künftig

davon abgehalten werden können sich Massenvernichtungsmittel zu beschaffen oder aggressive Handlungen zu begehen: „Somit bestand nie die Notwendigkeit einer Wahl entweder nichts gegen irakische Massenvernichtungsmittel zu unternehmen oder einen Krieg zu führen.“¹⁵

Um genau diesen Eindruck zu erwecken und ihren schmutzigen Krieg verkaufen zu können scheute die US-Regierung vor keiner Lüge zurück. Dass sie dabei derart rücksichtslos, offensichtlich und plump vorgeht überrascht immer wieder aufs neue.

Beispielhaft hierfür ist die dilettantische Fälschung von Dokumenten, die einen irakischen Ankauf von Uran im Niger beweisen sollten. So zierte etwa eines der Dokumente ein vollständig veralteter Briefkopf eines Niger-Ministeriums und wurde von einer Person unterzeichnet, die zuletzt vor mehr als 10 Jahren dort beschäftigt war.¹⁶

„Wir sehen uns in Bagdad“

Da wohl auch Saddam Hussein nicht entgangen sein konnte, dass die US-Regierung zu einem Angriff fest entschlossen war, versuchte die irakische Regierung ab Spätherbst 2002 verzweifelt den drohenden Krieg doch noch abzuwenden. Über verschiedene Mittelsmänner machte man den USA so weitgehende Zugeständnisse, dass sie fast schon der von Washington angestrebten bedingungslosen Kapitulation nahe kamen.

- Im einzelnen bot der Irak an,
- mehrere tausend Experten und Soldaten mit der Erlaubnis in den Irak zu lassen, dort nach Massenvernichtungsmitteln zu suchen.
- amerikanischen Konzernen künftig einen privilegierten Status bei der Ausbeutung der Ölvorkommen des Landes einzuräumen.
- des Terrorismus verdächtige Personen auszuliefern und mit den USA im „Kampf





gegen den Terror“ vollständig zu kooperieren.

- innerhalb von zwei Jahren freie Wahlen abzuhalten.¹⁷

Als Richard Perle dieses Angebot an die CIA weiterleitete war die Antwort ebenso prägnant wie entlarvend: „Sag ihnen, dass wir sie in Bagdad sehen werden.“¹⁸ George Monbiot kommentierte dies im britischen *Guardian* folgendermaßen: „Saddam Hussein scheint alles daran gesetzt zu haben, eine diplomatische Alternative zu dem bevorstehenden Krieg zu finden, während die US-Regierung anscheinend alles notwendige unternahm um eine zu verhindern.“¹⁹ Jeder irakische Versuch, den Krieg zu vereiteln war von vorneherein zum Scheitern verurteilt, denn wie inzwischen feststeht hatte der gewaltsame Sturz Saddam Husseins seit der Machtübernahme der Hardliner oberste Priorität.

Bekenntnisse eines ehemaligen Finanzministers

Wieder ist es Colin Powell, der sich als Lügner entlarvt. Noch zwei Monate nach den Terroranschlägen 2001 gab er hinsichtlich Saddam Hussein noch an: „Ich habe nie einen Plan gesehen, wonach er beseitigt werden sollte.“²⁰

Dagegen belegen die Aussagen von Paul O'Neill, Bushs vor einem Jahr entlassener Finanzminister,²¹ zweifelsfrei, dass die US-Regierung den Krieg gegen den Irak vom ersten Tag ihrer Amtsübernahme geplant hatte. Der amerikanische Angriff auf Bagdad motivierte sich somit nicht, wie man uns fälschlicherweise glauben machen will, aus einer Neubewertung der sicherheitspolitischen Lage nach den Anschlägen des 11. September. O'Neill stellt die Hauptquelle für das Buch „The Price of Loyalty“ („Der Preis der Treue“) des Journalisten Ron Suskind dar. „Nach Angaben von Buchautor Ron Suskind zirkulierten in der Regierung schon in den ersten drei Monaten 2001 Pläne für eine Invasion des Irak, für eine Nachkriegsära und Vorstellungen über die Zukunft des irakischen Öls. Er habe ent-

sprechende Unterlagen von O'Neill und anderen Insidern aus dem Weißen Haus erhalten, sagte Suskind.“ O'Neill wird mit folgenden Worten zitiert: „Es gab von Anfang an die Überzeugung, dass Saddam Hussein ein schlimmer Finger ist und weg muss.“²² Weiter gibt O'Neill an verwundert darüber gewesen zu sein, dass im Nationalen Sicherheitsrat keine Diskussionen stattfanden, weshalb eine Invasion des Iraks erforderlich sei: „Es ging nur darum, einen Weg zu finden, es zu tun. Das war der Tenor. Der Präsident sagte ‚Suchen Sie mir einen Weg, das zu machen.‘“²³

Obwohl die US-Regierung schnell versuchte O'Neills Angaben zu dementieren, werden dessen Aussagen von Entifadh Qanbar, dem Sprecher der irakischen Exilopposition (Iraqi National Congress, INC) bestätigt, die aufs engste in die amerikanischen Kriegsvorbereitungen involviert war: „Qanbar sagte gegenüber CBS News, dass die Bush Administration bereits kurz nach der Machtübernahme [...] darüber diskutiert habe, wie Saddam Hussein beseitigt werden könne.“²⁴

„Wie frühere Regierungen waren wir für einen Regimewechsel“, räumte Bush seinerseits inzwischen ein, betonte aber, er habe damit lediglich die Politik seines Vorgängers fortgeführt und keine aggressivere Haltung als Clinton eingenommen.²⁵ Ein nicht näher genanntes Regierungsmitglied, das ebenfalls an den Diskussionen des Nationalen Sicherheitsrats im Januar und Februar 2001 teilnahm, verdeutlicht gegenüber *ABCNEWS* worin die Unterschiede zwischen Bush und Clinton lagen: „Der Präsident beauftragte seine Mitarbeiter im Pentagon damit, militärische Optionen, inklusive den Einsatz von Bodentruppen, zu untersuchen. Das ging über die halbherzigen Versuche der Clinton-Administration hinaus, Saddam Hussein ohne Gewalt zu stürzen.“²⁶

Zusammenfassend kommt der *Spiegel* zu dem Ergebnis: „O'Neills Vorwürfe sind nicht aus der Luft gegriffen. Sie bestätigen,

was sich seit einigen Wochen sowieso immer mehr herauskristallisiert: Dass Bushs Rechtfertigungsgründe für den Irak-Krieg (das Waffenarsenal, Saddams Verbindung zu den Attentaten des 11. Septembers) nur rhetorisches Schmückwerk für eine längst beschlossene Sache waren.“²⁷

Wenn nicht aufgrund des Zusammenhangs zwischen dem Irak und den Anschlägen des 11. September, weshalb mussten dann schätzungsweise 10.000 irakische Zivilisten durch den amerikanischen Angriffskrieg ums Leben kommen?²⁸ Aufschlussreich sind hier Aussagen führender US-Regierungsmitglieder vor ihrem Amtsantritt.

Der Angriffskrieg war von langer Hand geplant

Eines kann man gewiss nicht behaupten: Nämlich dass sich die neokonservativen Kriegstreiber im Weißen Haus große Mühe gegeben hätten ihre aggressiven Pläne vor der Öffentlichkeit zu verbergen.

Schon Anfang der 90er sprach sich der heutige Vizepräsident und damalige Verteidigungsminister Dick Cheney für eine Invasion des Iraks aus, konnte sich allerdings seinerzeit nicht gegen Stabschef Colin Powell durchsetzen.²⁹ Schon damals wurde Cheney vom heutigen stellvertretenden Verteidigungsminister und führenden Kopf der Hardliner, Paul Wolfowitz, unterstützt. Dieser ließ in den folgenden Jahren keine Zweifel daran aufkommen, dass ein Angriff auf Bagdad auf seiner Prioritätenliste ganz oben steht, wie er bspws im Jahr 1998 gegenüber dem Sicherheitskomitee des US-Repräsentantenhauses versicherte: „Das wichtigste Problem ist, dass die USA unfähig oder -willig sind eine ernsthafte Irak-Politik zu verfolgen. Eine, die zum Ziel hat das irakische Volk von Saddam Husseins tyrannischem Griff zu erlösen und die Nachbarn Iraks von Saddams mörderischer Gefahr zu befreien.“³⁰ Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, dass ihm der konservative *National Review Online* wohlwollend bescheinigte, er sei „mit der Vision eines Saddam-freien Mittleren Ostens ins Amt gekommen – und ist sich treu geblieben.“³¹ Bedauerlicherweise trifft diese Einschätzung den Nagel auf den Kopf.

Aber nicht nur Cheney und Wolfowitz, nahezu die komplette derzeitige US-Regierung forderte seit langem den Sturz Saddam Husseins. So etwa in einem an Bill Clinton adressierten offenen Brief, ebenfalls aus dem Jahr 1998. Unterschrieben wurde er neben Wolfowitz unter anderem noch von Donald Rumsfeld, Handelsminister Robert Zoellick, dem stellvertretenden Außenminister Richard Armitage und weiteren Regierungsmitgliedern wie John Bolton, Peter W.

Rodman, Paula Dobriansky, Elliot Abrams und Zalmay Khalilzad: „Wenn wir den gegenwärtigen Kurs weiter beschreiten wird die Sicherheit der amerikanischen Truppen in der Region, unserer Freunde und Verbündeten wie Israel und eine bedeutende Menge der Weltölversorgung in Gefahr gebracht.“³²

Öl also, vor allem seine machtpolitischen Aspekte im Kontext der US-Globalstrategie, ist die Ursache für den amerikanischen Angriffskrieg.³³ Schon lange vor Bushs „Wahlsieg“ hatten die Neokonservativen ihre Globalstrategie ausführlich in dem Dokument *Rebuilding America's Defenses* vom September 2000 niedergeschrieben.³⁴ Dort ist die Rede von der „Pax Americana“ als „strategischem Ziel“ der US-Außenpolitik und dem Anspruch auf eine Verewigung der US-Vormachtstellung in der Welt: „Derzeit sieht sich die USA keinem globalen Rivalen ausgesetzt. Die Grand Strategy der USA sollte darauf abzielen, diese vorteilhafte Position so weit wie möglich in die Zukunft zu bewahren und auszuweiten.“³⁵ Unter anderem wird dort auch eine aggressive Politik gegenüber dem Irak und generell eine umfassende Neuorientierung der US-Sicherheitspolitik, die sich am Ziel der Umsetzung amerikanischer Hegemonialansprüche zu orientieren habe.

Bis zum 11. September 2001 hatten die Neokonservativen allerdings ein großes Problem, das die Verwirklichung ihrer Absichten behinderte, wie das Dokument betont: „Der Prozess der Transformation, selbst wenn er revolutionäre Wandlungen bringt, wird aller Wahrscheinlichkeit nach ohne ein katastrophales, katalysierendes Ereignis, ähnlich einem neuen Pearl Harbor, ein langer sein.“³⁶

Dies ist die einzige Verbindung zwischen den Anschlägen des 11. September und dem Angriffskrieg gegen den Irak. Denn sie trugen maßgeblich dazu bei, diesen „revolutionären Wandel“ – der sich in Form zweier Kriege in Afghanistan und im Irak, der Präventivkriegsstrategie (Bush-Doktrin) und einer rücksichtslos imperialistischen Politik niederschlägt – zu beschleunigen, womöglich sogar überhaupt erst zu ermöglichen. Hierfür war sich die Bush-Administration keiner noch so großen Lüge zu schade.

Anmerkungen

¹ Vgl. Woodward, Bob, *Bush at war*, New York 2002; Alcom, Gary, „Cry of the hungry hawks grows louder: Hardliners have had enough of the restraint orchestrated by Colin Powell“, *Sidney Morning Herald*, 29.09.01.

² Lobe, Jim, „The truth, the whole truth and nohing but...“, *Asia Times Online*,

04.06.03.

³ Vgl. Pitt, William Rivers/Ritter, Scott, *Krieg gegen den Irak: Was die Bush-Regierung verschweigt*, Köln 2002.

⁴ Cirincione, Joseph/Mathews, Jessica T./Perkovich, George, *WMD in Iraq: evidence and implications*, Carnegie Endowment for International Peace, January 2004.

⁵ ebd., S. 47f.

⁶ Gellman, Barton, „Iraq‘ arsenal was only on paper“, *Washington Post*, 07.01.04.

⁷ ebd.

⁸ Cirincione u.a., *WMD in Iraq*, S. 55.

⁹ New York Times, zit. nach Vann, Bill, „US withdraws Iraq weapon-hunters as WMD lies crumble“, *World Socialist Web Site*, 10.01.04.

¹⁰ „How was the U.S. so mislead?“, *International Herald Tribune*, 12.01.04.

¹¹ Vgl. Wagner, Jürgen, „Klartext: Paul Wolfowitz benennt die wahren Gründe für den US-Angriffskrieg gegen den Irak“, in: *AUS-DRUCK – Das IMI-Magazin* (Juli 2003), S. 13-15.

¹² Cirincione u.a., *WMD in Iraq*, S. 50.

¹³ Marquis, Christopher, „No ‘smoking gun’ in Iraq, Powell admits“, *New York Times*, 09.01.04.

¹⁴ Cirincione u.a., *WMD in Iraq*, S. 48.

¹⁵ ebd., S. 57.

¹⁶ Vgl. Hersh, Seymour M., „Why did the Administration endorse a forgery about Iraq’s nuclear program?“, in: *The New Yorker*, 31.03.03; Hauben, Ronda, „‘Macbeth’ und die gefälschten Niger-Dokumente“, *Telepolis*, 21.07.03.

¹⁷ Mellenthin, Knut, „Krieg war beschlossene Sache“, *Junge Welt*, 08.11.04.

¹⁸ Risen, James, „As the war loomed, Iraq offered U.S. a deal“, *International Herald Tribune*, 07.11.03.

¹⁹ Monbiot, George, „Dreamers and idiots“, *The Guardian*, 11.11.03.

²⁰ Pitzke, Marc, „Ein Insider packt aus“, *Spiegel Online*, 12.01.04.

²¹ Er wurde aufgrund von Meinungsverschiedenheiten über Bushs Steuersenkungspläne gefeuert.

²² „Bush soll Irakkrieg direkt nach Amtsantritt geplant haben“, *dpa/WEB.DE*, 11.01.04.

²³ „Kriegsplanungen direkt nach Amtsantritt“, 10.01.2004, <http://www.freace.de/artikel/200401/usa110104.html>.

²⁴ „Saddam Ouster Planned Early ,01?“, *CBSNews*, 10.01.04.

²⁵ Neighbour, Margaret, „Bush admits he wanted regime change before 11 September“, *The Scotsman*, 13.01.04.

²⁶ Cochran, John, „Corroborating O’Neill’s Account“, *abcNEWS*, 13.01.04.

²⁷ Pitzke, „Ein Insider“.

²⁸ Nach Schätzungen von iraqbodycount.org starben im Irak zwischen 8.000 und 10.000 Zivilisten (Stand 12.01.03).

²⁹ Vgl. Woodward, Bob, *The Commanders*, New York 1992.

³⁰ McConnell, Scott, „The Struggle Over War Aims Bush Versus the Neo-Cons“, *Antiwar.com*, 25.09.01.

³¹ Lowry, Richard, „Empty Powell. Colin Powell lacks the most basic ingredient to effective political leadership: ideas“, *National Review Online*, 20.09.01.

³² Kagan, Robert/Kristol, William, „The Right War“, *The Weekly Standard*, 01.10.01.

³³ Vgl. zu den eigentlichen Gründen für den US-Angriff auf den Irak Wagner, Jürgen, *Irak als Vorspiel: Die ‚Logik‘ der US-Ölstrategie*, IMI-Studie 2003/04 (Februar 2003).

³⁴ Beteiligt waren neben Wolfowitz noch Lewis Libby, Cheney’s heutiger Stabschef und weitere Mitglieder der Bush-Administration.

³⁵ *Rebuilding America’s Defenses. A Report of The Project for the New American Century*, September 2000, S. II; Vgl. auch Wolfowitz, Paul, „Remembering the Future“, in: *The National Interest* (No. 59), Spring 2000.

³⁶ *Rebuilding America’s Defenses*, S. 51.

Jürgen Wagner ist IMI-Vorstand



Das „Handbuch zum Sieg“

Richard Perles neuestes Buch könnte als Vorlage für die amerikanische Außenpolitik nach den diesjährigen Präsidentschaftswahlen dienen.

von Jürgen Wagner

Obwohl von Washington außenpolitisch in jüngster Zeit deutlich sanftere Töne angeschlagen werden, wäre es eine fatale Fehleinschätzung hierin ein Zeichen dafür zu erblicken, dass die (etwas) moderateren Kräfte im Weißen Haus um Außenminister Colin Powell und die nationale Sicherheitsberaterin Condoleezza Rice, dauerhaft die Oberhand gegenüber den neokonservativen Hardlinern, repräsentiert durch Vizepräsident Dick Cheney und den stellvertretenden Verteidigungsminister Paul Wolfowitz, gewonnen hätten.

Die Ursachen hierfür sind vielmehr wahltaktischer Natur: Besorgt über mögliche negative Konsequenzen im Wahljahr, gab Karl Rove, die graue Eminenz der US-Regierung und zuständig für die Widerwahl der Bush-Clique, schon vor einiger Zeit die Losung „Kein Krieg 2004“ aus. Und da Roves Wort im Weißen Haus Gesetz ist, scheint man sich derzeit mit weiteren kriegerischen Aktivitäten deutlich zurückzuhalten. Allerdings ist zu befürchten, dass der globale Feldzug der Neokonservativen an dem Tag fortgesetzt werden wird, an dem George W. Bush für weitere vier Jahre ins Weiße Haus einzieht.

Was uns für diesen Fall erwarten könnte, darüber gibt ein neues Buch von David Frum und Richard Perle (*An end to evil: How to win the war on terror*), beide Mitglieder des *American Enterprise Institute* Auskunft. Während Frums nachhaltigster

„Verdienst“ wohl darin lag, in seiner damaligen Funktion als Bushs Redenschreiber, den Ausspruch „Achse des Bösen“ kreiert zu haben, ist es vor allem Richard Perle, der dem Buch ein erhebliches Gewicht verleiht. Aufgrund seiner Funktion als ehemaliger Vorsitzender des *Defense Policy Board*, einem Beratungsgremium von Verteidigungsminister Donald Rumsfeld (er musste zwar den Vorsitz nach Vorwürfen, er habe allzu offen versucht sich über diese Stellung zu bereichern, abgeben, ist dort aber weiterhin Mitglied) und wegen seiner langjährige Freundschaft mit Paul Wolfowitz, der neben ihm als führender Kopf der Neokonservativen gilt, attestierte ihm die *Washington Post* einen „maßgeblichen Einfluss auf die Politik der Bush-Administration.“ Dass Perle schon seit den achziger Jahren die Beinamen „Fürst der Finsternis“ und „Darth Vader“ begleiten sagt eigentlich schon alles über dessen politische Gesinnung. Das Buch bestätigt dabei die schlimmsten Befürchtungen.

Als „Handbuch zum Sieg“ wollen die Autoren ihr Buch verstanden wissen, das laut *Jewish Forward* „nach Ansicht einiger Kommentatoren die umfassendste und kohärenteste Zusammenfassung der Kernpositionen verschiedener neokonservativer Lager nach der Invasion des Iraks liefert.“ Gleichzeitig akzentuiert es aber auch die tiefen Gräben zwischen den Neokonservativen und dem realpolitischen Ansatz der Powell/Rice-Fraktion, für den die Autoren nur Verachtung übrig haben. „Wir können spüren, dass Washingtons Wille zum Sieg abebbt,“ geben sich Frum und Perle besorgt, weshalb ihr Ziel darin besteht den zurückhaltenden Politikansatz zu diskreditieren und die USA auf den aggressiven Kurs der Jahre 2001-2003 zurückzubringen. Die „Highlights“ dieses „Handbuchs zum Krieg“ bestehen in einer Reihe von Politikvorschlägen auf welche Weise der „Kampf gegen den Terror“ erfolgreich fortgesetzt werden solle. Frum und Perle raten den USA u.a.

- „Jede mögliche Form von Druck anzuwenden um Saudi Arabien davon abzuhalten, seine mörderische Version des Islam zu verbreiten – einschließlich, wenn nötig, die Abspaltung der ölfreien Ostprovinzen des

Königreichs zu ermuntern.“

- Syrien die Ölversorgung abzuschneiden und Aktionen gegen verdächtige Terroristen auf syrischem Territorium durchzuführen, bis das Land eine „westliche Neuausrichtung“ seiner Politik vornimmt.

- Amerikanische Truppen außer Reichweite nordkoreanischer Kurzstreckenraketen zu bringen und „während wir unsere Truppen neu positionieren detaillierte Pläne für Präemptivschläge gegen nordkoreanische Nuklearanlagen zu entwickeln.“

- Endlich zu akzeptieren, dass „die UNO eine vollständig nutzlose Organisation ist“ und die Charta der Vereinten Nationen solange abzulehnen, bis dort die Präventivkriegsstrategie aufgenommen ist.

- Innenpolitische Umsturzversuche im Iran zu unterstützen: „Das Regime muss gehen.“

- Die Kritik an Israel wegen seiner Aktionen gegen Hamas und Hisbollah einzustellen.

- „Anzuerkennen, dass ein eng integriertes Europa nicht mehr länger ein uneingeschränktes amerikanisches Interesse ist.“

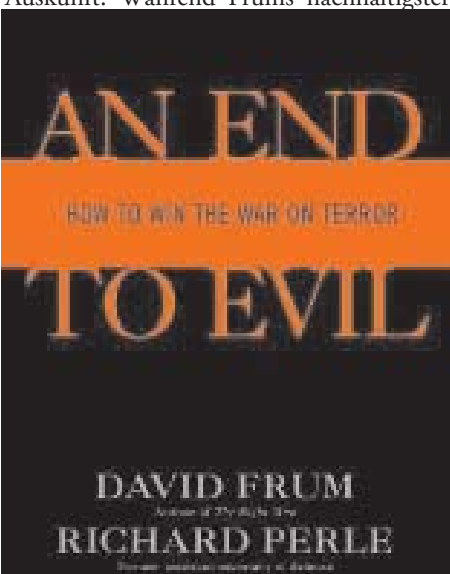
- Die Isolation Frankreichs innerhalb Europas voranzutreiben und gleichzeitig „das äußerste zu unternehmen, um die strategische Unabhängigkeit unseres britischen Verbündeten von Europa zu bewahren.“

- „Europäische Regierungen dazu zu zwingen zwischen Washington und Paris zu wählen.“

Würden auch nur Teile dieses Programms umgesetzt käme dies wohl ohne Übertreibung einer Katastrophe gleich, die ohne Zweifel dem weltweiten Terrorismus erheblichen Auftrieb verleihen würde. Natürlich sehen Frum und Perle auch dies anders, denn „die Wurzeln des muslimischen Zorns sind im Islam selbst zu finden.“

Als Intention gibt das Buch an „die Agenda im Präsidentschaftswahljahr 2004 und darüber hinaus gestalten zu wollen.“ Allerdings ist es unwahrscheinlich, dass diese Forderungen während des Wahlkampfes irgend eine Rolle spielen werden - damit wird man nicht einmal in den USA gewählt. Das heißt jedoch nicht, dass man diese Anleitung zum Globalkrieg vernachlässigen dürfte – im Gegenteil. Es besteht die Gefahr, dass wenn Bush für weitere vier Jahre auf die Menschheit losgelassen wird, große Teile dieses Programms umgesetzt werden. Dass sowohl Colin Powell als auch Condoleezza Rice angekündigt haben nicht für eine weitere Amtszeit zur Verfügung zu stehen, trägt hier nicht gerade zur Beruhigung bei und unterstreicht die Notwendigkeit sich intensiv mit den neokonservativen Kriegsplänen auseinander zu setzen.

Jürgen Wagner ist IMI-Vorstand



Der Struck-Plan

Aufrüstung der Bundeswehr für globale Kampfeinsätze

Von Lühr Henken

Am 13.1. verkündete Verteidigungsminister Peter Struck vollmundig drastische Sparmaßnahmen bei der Rüstung. Der deutsche Verteidigungshaushalt betrug jedoch 2002 offiziell 23,6 Mrd. Euro, während die mittelfristige Finanzplanung bis 2006 einen Festbetrag von jährlich 24,25 Mrd. Euro vorsieht. Für das Jahr 2007 haben Eichel und Struck bereits eine Erhöhung um 800 Mio. Euro vereinbart. Also an Kürzung ist wirklich nicht gedacht. Zudem zeigen die geplanten Beschaffungsprojekten, dass der Verteidigungsminister konsequent die Umstrukturierung der Bundeswehr zur global einsetzbaren Kriegsmarine weiterbetreibt.

Erstens: Marschflugkörper

Rot-Grün entschied im Juli 2002, TORNADO-Jagdbomber und später die EUROFIGHTER mit Marschflugkörpern TAURUS auszurüsten. TAURUS kann, aus einer Entfernung von bis zu 350 km abgeschossen, noch 4m dicken Beton durchschlagen. Die Marschflugkörper machen die luftbetankbaren TORNADOS und EUROFIGHTER zu regionalstrategischen Waffen, die in hohem Maße zur Angriffsfähigkeit der Bundeswehr beitragen.

Zweitens: Military Airbusse

Auch mit der reduzierten Zahl von 60 Transportflugzeugen Airbus A 400 M ordert die deutsche Regierung das größte nationale Kontingent des insgesamt 180 Maschinen umfassenden Auftrags. Der Airbus ist ein Schlüsselprojekt, das den schnellen weltweite Einsatz der Bundeswehr gewährleistet. Die Bundeswehr erhält die ersten 12 Airbusse ab 2012.

Drittens: Fregatten

Die SACHSEN, das Typschiff der Fregatten-Klasse F 124, wird in diesem Monat in Dienst gestellt. Der rund 700 Mio. Euro teuren Fregatte sollen zwei baugleiche Schwesterschiffe, die HAMBURG und die HESSEN, folgen.

Viertens: Korvetten

In engem Zusammenhang mit den Fregatten wurden im Dezember 2001 fünf hochseegängige Korvetten in Auftrag gegeben. Sie sind speziell für den Beschuss fremden Territoriums direkt aus dem küstennahen Bereich heraus konzipiert.

Fünftens: Radarsatellitensystem

Ab 2007 soll ein radargestütztes Spionage-Satellitensystem, SAR-Lupe, weltweit unter allen Wetterbedingungen und von der Tageszeit unabhängig auf 50 cm genau einen uneingeschränkten nationalen Zugriff auf Aufklärungsdaten aus dem Weltraum ermöglichen. Mit Frankreich ist eine Kooperation geplant, die einen Datenaustausch mit dem französischen Optischen Satelliten HELIOS II ermöglicht. Eine Weiterung auf die gesamte EU ist vorgesehen. Damit wird für die EU eine von den USA unabhängige hochwertige Aufklärung aus dem Weltraum möglich.

Sechstens: Taktisches Luftverteidigungssystem MEADS

Das kostspieligste Rüstungsprojekt nach dem EUROFIGHTER ist das taktische Luftverteidigungssystem MEADS, das kurz vor dem Ausstand, und wo Struck nun doch „einsteigen“ will. Allein die Entwicklungskosten werden mit 3,67 Mrd. Euro angegeben. Expertenschätzungen gehen jedoch von horrenden Gesamtkosten zwischen 10 und 15 Mrd. Euro aus. MEADS wird entwickelt für die Abwehr von Raketen und Marschflugkörpern, die eine Reichweite bis zu 1.000 km haben. Für die Landesverteidigung ist es deshalb sinnlos, weil im Umkreis von 1.000 km kein Land Raketen auf unser Land abfeuern würde. MEADS dient lediglich dem Schutz von Bundeswehreinheiten im Ausland. Die Einführung würde nicht vor 2010 erfolgen.

Siebtens: Navigationssatellitensystem

Ab 2008 ist das globale Navigationssystem der EU GALILEO funktionstüchtig. Es ist auch militärisch nutzbar, wenngleich es demonstrativ als ziviles Projekt firmiert. Die EU will sich auch damit unabhängig von den USA machen.

Achtens: Aufklärungsdrohnen

Der deutsche Luftwaffeninspekteur Back wünscht sich das unbemannte US-Aufklärungssystem Global Hawk. Die Drohne kann binnen 24 Stunden ein Gebiet von der Fläche Nordkoreas komplett ausspionieren.

Neuntens: Lasergelenkte Bomben

In diesem Jahr wird die seit 1999 laufende Beschaffung der Laserlenkung für 1000 kg-

Spreng- und Penetrationsbomben GBU-24 für TORNADOS und später EUROFIGHTER abgeschlossen sein. Damit verfügt die deutsche Luftwaffe „erstmal“ über „eine Präzisionswaffe zur Bekämpfung hochwertiger, hochpriorisierter und zum Teil gehärteter Ziele (z. B. Führungsgefechtsstände, Schutzbauten, Brücken)“ schreibt Soldat und Technik.

Zehntens: Streubomben

Mitte November machte die Fernsehensendung Report Mainz öffentlich, dass die Deutsche Heer in ihren 150 Mehrfachraketenwerfern MARS auch Streubomben gegen Menschen verwenden kann. Auch die Deutsche Luftwaffe verfügt über Streumunition. Bekanntlich bleiben eine Unzahl von Kleinbomben als Blindgänger zurück. Wenn sie durch Berühren dann detonieren, töten sie unterschiedslos Kombattanten und Nicht-Kombattanten und erzeugen unnötige Leiden.

Weiterhin hält Struck an zentralen Projekten der Angriffsfähigkeit fest: Es bleibt bei 180 Eurofightern, bei der Herstellung der sehr kampfstarken 80 Kampfhubschrauber TIGER, bei 134 Transporthubschraubern NH 90, bei U-Booten, deren Brennstoffzellenantriebstechnik und Torpedos sie zu den kampfstärksten konventionellen U-Booten der Welt machen, sowie bei Einsatztruppenunterstützungsschiffen, Einsatzgruppenversorgern, sowie Kommunikationssatelliten u.v.m..

Allein diese Auswahl an Waffen und Ausrüstungen gibt einen Einblick in die aggressive und durchaus auf Offensive ausgerichtete Bundeswehrplanung, die einen angriffskriegerischen Einsatz in vorderster Front ermöglicht. Im April wird Generalinspekteur Schneiderhan einen neuen Bundeswehrplan 2005 vorlegen, er gilt von 2005 bis 2017, der im wesentlichen den bisherigen von 2002 bestätigen wird.

Lühr Henken ist Sprecher des Hamburger Forum für Frieden und Völkerverständigung und IMI-Beirat



Herausgeber ist die Informationsstelle Militarisation (IMI) e.V.

Die Beiträge spiegeln nicht notwendigerweise die Auffassung der Informationsstelle wieder. Adresse: Hechinger Str. 203, 72072 Tübingen, www.imi-online.de, e-mail: imi@imi-online.de, Tel. 07071/49154